

**Niederschrift über die Gemeinderatssitzung**  
**vom 29. Juni 2016**

<b><u>Ort:</u></b>	<b>Sitzungssaal der Marktgemeinde Vasoldsberg</b>
<b><u>Beginn:</u></b>	<b>19.00 Uhr</b>
<b><u>Vorsitz:</u></b>	<b>Bürgermeister Johann Wolf-Maier</b>
<b><u>Anwesend:</u></b>	<b>19 GemeinderäteInnen</b>
<b><u>Zusätzlich anwesend:</u></b>	<b>---</b>
<b><u>Entschuldigt:</u></b>	<b>2. Vizebgm. Michael Kaufmann GR Michael Ortner</b>
<b><u>Unentschuldigt:</u></b>	<b>---</b>
<b><u>Protokoll:</u></b>	<b>AL Ing. Karl Linhard</b>
<b><u>ZuhörerInnen:</u></b>	<b>10</b>

**Eröffnung und Begrüßung, Feststellen der Beschlussfähigkeit**

**Fragestunde**

**Tagesordnung:**

- Punkt 1.) Berichte**
- Punkt 2.) Beratung und Beschlussfassung über Annahme des Gemeinderatssitzungsprotokolls vom 17. Dezember 2015**
- Punkt 3.) Beratung und Beschlussfassung über die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 13.09.2007, Tagesordnungspunkt 15, betreffend Förderung des öffentlichen Verkehrs**
- Punkt 4.) Beratung und Beschlussfassung über Neuregelung der Förderungen für den öffentlichen Verkehr**
- Punkt 5.) Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Metallbauarbeiten für den Zubau zum Schulzentrum Vasoldsberg**
- Punkt 6.) Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Malerarbeiten für den Zubau zum Schulzentrum Vasoldsberg**

- Punkt 7.) Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Glaserarbeiten für den Zubau zum Schulzentrum Vasoldsberg**
- Punkt 8.) Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Fliesenlegerarbeiten für den Zubau zum Schulzentrum Vasoldsberg**
- Punkt 9.) Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Bodenlegerarbeiten für den Zubau zum Schulzentrum Vasoldsberg**
- Punkt 10.) Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Malerarbeiten für die Fassadensanierung Kindergarten 1, Sportstraße 2**
- Punkt 11.) Beratung und Beschlussfassung über die Einführung eines Schulstartgeldes für die Erstklässler in der Marktgemeinde Vasoldsberg**
- Punkt 12.) Bericht des Prüfungsausschusses über die Prüfung des 2. Quartals 2016**
- Punkt 13.) Personelles**  
*(nicht öffentlich und vertraulich gem. § 59, Stmk. GemO)*
- Punkt 14.) Allfälliges**

### **Eröffnung und Begrüßung, Feststellen der Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister begrüßt alle Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit fest, und eröffnet die Sitzung.

Er weist darauf hin, dass die geplante Sitzung vom Mittwoch, dem 22. Juni 2016 aufgrund der unaufschiebbaren Bürgerversammlung im Gasthof Riedisser nach Verständigung und Mitteilung an alle Gemeinderatsmitglieder auf den heutigen Termin verschoben werden musste.

Es sind 19 Gemeinderäte anwesend, der 2. Vizebgm. Michael Kaufmann und der GR Michael Ortner sind entschuldigt.

Der Bürgermeister gibt weiters bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 13.) entfällt, da die Verträge dazu noch nicht eingelangt sind.

Bei Punkt 12.) ist eine Berichtigung dahingehend vorzunehmen, dass es sich um das „1. Quartal“ und nicht wie irrtümlich vermerkt um das „2. Quartal“ handelt.

### **Fragestunde**

GR Konrad: Für uns stellt sich folgende Frage: Bei der Sitzung am 4. August 2010 wurde zwischen SeneCura und MG Vasoldsberg ein Rechtsvertrag beschlossen, wobei der Antragsteller damals GR Wolf-Maier war, und ist unter Paragraph 6 vermerkt, dass es einen Beirat geben sollte. Warum gibt es diesen Beirat nicht und wie wird in Zukunft damit umgegangen?

Bürgermeister: Für den angesprochenen Beirat wird jetzt ein Regelwerk erarbeitet, weil die Spielregeln im genannten Vertrag nicht festgelegt wurden. Es wird dann darüber berichtet werden.

GR Konrad: Das heißt es wird in Zukunft angestrebt, dass es so einen Beirat gibt?

Bürgermeister: Selbstverständlich.

DI Weinhandl: In der letzten Gemeinderatssitzung wurde beschlossen, dass die Verkehrsberuhigung im Bereich der Volksschule angegangen, und im Sommer 2017 umgesetzt wird. Die Formulierung war so, dass heuer noch mit den Planungsarbeiten begonnen wird und wollte ich diesbezüglich fragen, ob damit schon gestartet wurde bzw. wann damit begonnen wird?

Bürgermeister: Wir haben Ing. Pilz damit beauftragt die ersten Skizzen zu entwerfen, wobei diese demnächst erwartet werden. Sobald diese vorliegen werden wir umgehend die entsprechenden Ausschüsse damit betrauen.

DI Weinhandl: Okay, aber er hat jetzt definitiv den Auftrag?

Bgm: Ja.

Bausch: Welche Sanierungsmaßnahmen werden über die Sommermonate betreffend die öffentliche Volksschule durchgeführt?

Bürgermeister: Dazu gibt es einen eigenen Tagesordnungspunkt, im Zuge dessen genau darüber berichtet wird. Es ist geplant, dass der Volksschulausschuss heute ausführlich darüber berichtet. An dieser Stelle wird die Frage ausführlich beantwortet werden.

DI Weinhandl: Also mein Informationsstand ist, dass der Knoten L369 SeneCura mit Juni 2016 gestartet wird. Bis wann wird hier mit den Arbeiten begonnen?

Bürgermeister: Die Arbeiten sind seit 14 Tagen voll im Gange. Das ist auch zu sehen.

Rieberer: Bei der Gemeindestraße Schelchental bzw. Kühlenbrunn wird wieder eifrig Bankett saniert, wobei immer das Gleiche ist. Wenn jemand ein-, zweimal mit dem Traktor hin- und herfährt, sieht es in zwei drei Wochen wieder gleich aus. Das spielt sich schon seit ewigen Zeiten so... Wieso wird da nichts Gescheites angedacht?

Bürgermeister: Grundsätzlich ist es so, dass die ausgeschwemmten Löcher verschlossen werden und dass in den meisten Fällen, wo es möglich ist, das Gefälle derart hergerichtet wird, dass ein Abfluss nach außen möglich ist (etwa mit 10% Gefälle). Deshalb wird versucht, das Gräderschild am Bankett so einzustellen, dass das Regenwasser nach außen abfließen kann und dadurch sollte es keine Ausschwemmungen mehr geben.

Rieberer: Ja, aber es ist immer dieselbe Situation. Wer dort fährt wird beobachten können, dass das, was gemacht wird, eigentlich immer nur eine Kurzzeitlösung ist und, wenn man es genau nimmt, ein Schildbürgerstreich ist.

Bürgermeister: Wie ich schon gesagt habe, es bilden sich keine Schlaglöcher, wenn das Wasser abfließen kann. Schlaglöcher bilden sich eigentlich nur, wenn das Außenniveau der Straße außen beim Bankett höher ist und daher das Wasser nicht abfließen kann. Das wollen wir vermeiden und darum wird das Bankett abgesenkt, sodass ein Abfluss des Wassers möglich ist.“

Rieberer: Heuer ist das nach meiner Beobachtung schon das dritte Mal in Anspruch genommen worden...“

Bürgermeister: In Kühlenbrunn? In Kühlenbrunn nicht, nein.

Rieberer: Kühlenbrunn? In Schelchengraben! Wie oft? Wann?

Bürgermeister: Wir haben in Kühlenbrunn die gesamten Straßenseitenteile hinunter asphaltiert. Das wurde bereits erledigt. Wenn überhaupt, kann das höchstens das zweite Mal gewesen sein. Meiner Erinnerung nach war das sogar das erste Mal.

Rieberer: Lässt sich das eruieren? Denn das ist aus meiner Sicht sinnlos.

Bürgermeister: Aus den genannten Gründen ist das nicht sinnlos.

Konrad Christian: Wie bereits angesprochen – hat man bezüglich des Banketts schon mal geschaut? Fräsasphalt, Asphaltrecycling? Es wäre doch weitaus sinnvoller, wenn man das mit Fräsmaterial macht. Bzw. wenn jetzt schon die Landesstraße saniert wird oder auch unsere Gemeindestraße, dass man das gleich verhandelt, dass das Material im Maschinenhof gelagert und für die Bankettsanierung verwertet wird. Das wäre ein 100%iges Topmaterial für das.

Bürgermeister: Das könnten wir durchaus versuchen. Grundsätzlich ist es so, dass vom Vorarbeiter gewisses Schottermaterial dafür verlangt wird, weil das sehr gut abdichtet und auch sehr gut hält, aber der Vorschlag wäre durchaus denkbar.

Konrad Christian: Das wäre sehr kostengünstig. Aufgrund der Lagerung kann das Material jederzeit verwendet werden und es ist auch haltbar. Das pickt wie Asphalt. Das ist bestimmt denkbar.

Bgm: Das wäre allenfalls möglich.

GV Konrad Markus: Beim Bauvorhaben Rutschung Grazstraße. Laufen da die Bauarbeiten in den Sommermonaten oder wurde hier schon etwas gemacht?

Bürgermeister: Betreffend die Grazstraße ist es so, dass das Gutachten vorliegt. Der bestehende Unterbau ist tauglich. Dieses Gutachten war unbedingt notwendig, zumal nunmehr sichergestellt ist, dass wir die 50%ige Förderung für diesen Ausbau bekommen. Wenn möglich soll das Projekt in den Sommermonaten fertiggestellt werden, wobei dies auch von den zeitlichen Plänen der Firma abhängig ist.

GV Konrad Markus: Das heißt es ist alles geregelt und der Bau kann fertig gestellt werden?

Bürgermeister: So ist es. Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen.

GV Konrad Markus: Das Material das uns auf Bildern gezeigt wurde ist korrekt?

Bürgermeister: Es ist laut Gutachten korrekt, wenn es unter der Frosttiefe verwendet wird.

GV Konrad Markus: Da sind Sägespäne und alles drinnen...

Bürgermeister: Ist so. Ich hatte zuerst auch Zweifel, weshalb das Gutachten auch angefordert wurde. Wenn das Gutachten negativ ausgefallen wäre, hätten wir gerichtliche Schritte gegen den Lieferanten bzw. Verursacher einleiten können. Das Gutachten ist allerdings positiv ausgefallen, was den Vorteil mit sich bringt, das wir Anspruch auf Förderung haben. Das ist auch sehr positiv zu sehen.

Bausch: Wie letztens schon besprochen gibt es in der Wagersfeldsiedlung einen kleinen Bach in der Nähe des „Hörzer-Denkmal“. Es wird gebeten, dass die Abstellplätze regelmäßig gewartet und gepflegt werden und auch die Gräben in der Wagersfeldsiedlung gereinigt werden. Das sollte angegangen und gemacht werden.

Bürgermeister: Die Gräben in der Wagersfeldsiedlung sind voriges Jahr zur Gänze gereinigt worden. Wir achten hier besonders darauf, da es sich um ein Gebiet handelt, indem es leicht zu Überschwemmungen kommt und auch im Bereich des „Hörzer-Denkmal“ wird von uns gemäht und werden die nötigen Instandhaltungsarbeiten gesetzt. Wir haben nunmehr zwei Leute angestellt, wodurch es auch leichter wird, solche Arbeiten öfter durchführen zu lassen.

Rieberer: Die Frage geht an den 1. Vizebgm: Wann wird der Wirtschaftsausschuss, der seit drei Jahren und einem Monat untätig ist, wobei du das nicht beurteilen kannst, obwohl er auch von dir nun schon seit über einem Jahr geführt wird, aktiv werden? Oder lassen wir die Wirtschaftstreibenden, die vielleicht einen Vorteil hätten, einfach beiseite?

Bürgermeister: Auch wenn ich nun angeschaut werde, übergebe ich das Wort betreffend die Wirtschaftstreibenden an den 1. Vizebgm.

Vizebgm. Ing. Pfeiffer: Wie richtig angemerkt, kann ich die Arbeit vor meiner Zeit nicht beurteilen. Es hat bisher keinen Wirtschaftsausschuss gegeben, weil ohne Ausschuss bereits einiges umgesetzt wurde, wie z.B. der Infoterminal, der demnächst aufgestellt wird. Es wird daher für die Gewerbetreibenden sehr wohl etwas gemacht, wobei ich dem GR Rieberer Recht gebe, dass demnächst ein Ausschuss installiert werden soll.

Rieberer: Das ist genau der falsche Weg, der da eingeschlagen wurde...

Vizebgm. Ing. Pfeiffer: Der Terminal wurde im Gemeindevorstand so beschlossen.

Bürgermeister: Ich weise darauf hin, dass die Fragestunde nicht in eine Diskussion ausarten soll, sondern zwei kurze Fragen pro Gemeinderat vorgesehen sind, die gezielt beantwortet werden.

Rieberer: Der Vorstand und nicht der Wirtschaftsausschuss ist aktiv geworden.

Bürgermeister: Darum geht es jetzt nicht, aber um die Frage gezielt zu beantworten: Ich glaube es kann jeder bestätigen, dass es in letzter Zeit gehäuft Sitzungen gegeben hat und war kein Zeitfenster für gesonderte Ausschusssitzungen vorhanden. Dennoch konnte für die Wirtschaftstreibenden einiges umgesetzt werden. So hatten wir als einzige Gemeinde in der ganzen Umgebung eine Veranstaltung zur Registrierkassenpflicht und haben auch das Projekt mit dem Infoterminal über die Bühne gebracht, sodass die Wirtschaftstreibenden gefördert werden. Selbstverständlich wird es auch einen Wirtschaftsausschuss zu gegebener Zeit geben, wobei auch auf die zeitliche Inanspruchnahme der Gemeinderatsmitglieder geachtet werden muss. Es werden allerdings weiterhin ausreichend Sitzungen stattfinden, im Zuge dessen alle relevanten Dinge erarbeitet werden können.

Gries: Beim Pendlerparkplatz in Wagersbach. Wann werden dort die Randleisten gerade gesetzt?

Bürgermeister: Dort ist nicht unbedingt Gefahr im Verzug, wir haben es aber auf der Tätigkeitsliste und werden uns darum kümmern, sobald es zeitlich möglich ist. Ein Verschieben der Randsteine kann nur beim Schneeräumen passiert sein und wird eine Instandsetzung erfolgen, wobei darauf hinzuweisen ist dass diese Angelegenheit nicht oberste Priorität hat, aber zu gegebener Zeit natürlich durchgeführt werden wird.

Voit: Bei der Gemeindestraße am Trummerweg im Bereich Wisiak/Lex - weißt du was über Grabungsarbeiten bzw. Straßenabspernung?

Bürgermeister: Das kann nur mit dem Strom zu tun haben, wurde von uns allerdings nicht beauftragt. Danke für die Information. Bei uns liegt glaublich schriftlich nichts auf. Da es sonst keine Fragen mehr zu geben scheint, gehen wir in der Tagesordnung weiter.

Der Bürgermeister stellt anschließend den **Antrag**, weitere Tagesordnungspunkte noch auf die Tagesordnung aufzunehmen und bringt dies wie folgt zur Abstimmung:

1. Antrag auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes 15.) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Lieferung und Montage der WC-Trennwände für den Zubau zum Schulzentrum Vasoldsberg
2. Antrag auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes 16.) Beratung und Beschlussfassung über die Auflösung der Trägerschaft der Musikschule mit dem Verein Musik Graz und Kündigung des Mietvertrages für die Nutzung der Räumlichkeiten der Musikschule Vasoldsberg

3. Antrag auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes 17.) Beratung und Beschlussfassung über die Übernahme der Trägerschaft der Musikschule Vasoldsberg durch WIKI-Vasoldsberg und Annahme des Pachtvertrages mit WIKI-Vasoldsberg zur Führung der Musikschule Vasoldsberg
4. Antrag auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes 18.) Beratung und Beschlussfassung über die teilweise Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 8. Juli 2014 betreffend Sperre der Generationenstraße für die Umsetzung der Bauarbeiten zur Einbindung in der Generationenstraße
5. Antrag auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes 19.) Beratung und Beschlussfassung das Zustimmung zur Verlegung einer landwirtschaftlichen Zufahrt für die Grundstücke 450, 402 und 403/2 jeweils KG Breitenhilm über die Hofmühlstraße, Grst.-Nr. 945/1 KG Breitenhilm

Rieberer: Was ist das für ein Antrag? Anträge sollten so gestellt werden, wie es die Gemeindeordnung vorsieht.

Bürgermeister: So ist es. Ich gehe nach der Gemeindeordnung vor. Es handelt sich um Anträge zur Erweiterung der Tagesordnung, auch sog. „Dringlichkeitsanträge“, wobei der Terminus Dringlichkeitsantrag nicht ausdrücklich verwendet werden muss.

Rieberer: Wo ist die Rechtsgrundlage dafür?

Bürgermeister: Für jeden nachlesbar in der Gemeindeordnung, wobei man das Wissen um die Möglichkeit von Dringlichkeitsanträgen bei Gemeinderäten voraussetzen kann, zumal dies allgemein bekannt ist. Auf Wunsch kann der Paragraf allerdings auch herausgesucht werden.

Die Anträge werden vom Gemeinderat mit 19:2 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Der Stimme enthalten haben sich GR Weinhandl und Fr. GR Premm (weil sie sich nicht entsprechend vorbereiten konnte).

GV Konrad Markus möchte gerne einen weiteren **Dringlichkeitsantrag** stellen:

Er hat bereits ein unterfertigtes Exemplar dazu beim Amtsleiter abgegeben.

Es am 16. Juni 2016 ein Antrag um Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes im Gemeindeamt eingegangen, Demnach hätte spätestens heute eine neue Sitzung hätte ausgeschrieben werden müssen, da der Antrag innerhalb von drei Wochen hätte behandelt werden müssen.

Amtsleiter: Nein, das stimmt nicht. Das ist ein anderer Paragraf. Der Antrag muss nur auf die Tagesordnung der *nächsten* Gemeinderatssitzung gesetzt werden. Es gibt hier zwei verschiedene Paragrafen, nämlich einmal, dass man es auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung nehmen muss mit einer Frist von mindestens zwei Wochen vor der Sitzung oder, der zweite Fall, dass ein Punkt innerhalb von drei Wochen ausgeschrieben werden muss.

GV Konrad Markus weist nochmals auf den Dringlichkeitsantrag die Tagesordnung betreffend der Installierung einer Gemeinde-App zu erweitern, hin, zumal es jetzt ein aktuelles Thema ist, worüber auch schon diskutiert wurde. Er begründet seinen Antrag wie folgt:

*Durch die Gemeinde-App ist eine bessere Kommunikation zwischen Gemeinde und BürgerInnen möglich, schnell und unkompliziert können unsere BürgerInnen informiert werden. Der Sozialausschuss möge bis zur geplanten Gemeinderatssitzung am 14. Dezember d.J. das Konzept einer Gemeinde-App erarbeiten, dem Gemeinderat vorstellen und zur Beschlussfassung vorlegen. Die Kosten zur Installierung einer Gemeinde-App sollen bei der Budgetplanung für 2017 berücksichtigt, und dieses Projekt im kommenden Jahr umgesetzt werden. Einige Beispiele für den Inhalt: Gemeindeveranstaltungen und -termine, Müllkalender, Erinnerungsfunktionen, Kontaktdaten und Ordinationszeiten Ärzte und weitere Informationen für Bürger.*

Er stellt den Antrag wie folgt:

*Der Gemeinderat möge beschließen: Der Sozialausschuss wird beauftragt ein Konzept zur Installierung der Gemeinde-App vorzubereiten, dem Gemeinderat vorzustellen und zur Beschlussfassung vorzulegen, wobei die Kosten eines eventuellen nachfolgenden positiven Beschlusses in der Budgetplanung für 2017 berücksichtigt werden sollen.*

Der Bürgermeister bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

GR Soboth möchte auch einen **Dringlichkeitsantrag** stellen und begründet diesen wie folgt:

Die Vorkommnisse 2016 bei der GFV haben gezeigt wie wichtig ein fachgerechter Einsatz von First Respondern durch geschulte Personen ist. Christopher Soboth war bei der Mehrzweckhalle innerhalb von 15 Minuten vor Ort und konnte die bereits eingeleiteten lebenserhaltenden Maßnahmen des Herzstillstandspatienten verbessern und hat damit wesentlich zur Lebensrettung beigetragen. Nachdem in den vergangenen Zeiten die Anschaffung versäumt oder sogar verhindert wurde und zum jetzigen Zeitpunkt keine Aktivitäten diesbezüglich gibt, möchte ich folgenden Dringlichkeitsantrag stellen:

*Es soll die Anschaffung von drei First Respondern beschlossen werden. Aus diesen Grund möge der Sozialausschuss mit der weiteren Vorgehensweise, also Ankauf und Umsetzung beauftragt werden und dem Gemeinderat das Ergebnis zur Beschlussfassung vorzulegen.*

Der Bürgermeister bringt den Antrag zur Abstimmung:

Der Antrag um Aufnahme dieses zusätzlichen Tagesordnungspunktes wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

## **Punkt 1.) Berichte**

Der Bürgermeister berichtet über folgende Punkte:

### **Maßnahmenplan für die öffentliche Volksschule**

Der Ausschuss hat bereits mehrmals getagt und werden die erarbeiteten Punkte umgesetzt werden.

1. Als Maßnahmenpunkt betreffend das Schuljahr 2016/17 wurde vorgeschlagen, dass der Elternbeitrag für die GTS für 2016/17 von der Gemeinde übernommen wird (Kosten von derzeit rd. EUR 54,- pro Kind und Monat). Die Eltern haben nur den Essensbeitrag zu tragen. Voraussetzung dafür ist das Zustandekommen einer GTS, dies ist von der Anmeldezahl abhängig. Eine Evaluierung dieser Maßnahmen soll erfolgen.
2. Weiters wird ein Elternabend betreffend Angebot der öffentlichen Volksschule im Gemeindeamt stattfinden.
3. Für die Probleme bei den Schulbussen sollen bedarfsorientierte Lösungen gefunden werden.
4. Maßnahmen in der Schulsprengelfrage sollen vorangetrieben werden.
5. Abarbeiten des „Forderungskataloges“ von Fr. Dir. Weber:  
Bestandsaufnahme zu Schulbeginn betreffend verbrauchter Sachen; der Geräuschpegel im Ausspeisungsraum der GTS soll auch gesenkt werden und die Lichtsituation betrachtet werden; über die Ferien sollen die PC's fertig aufgestellt werden.  
Die Maßnahmen wurden im Rahmen von Schulausschusssitzungen einstimmig erarbeitet und sollen bereits in den Ferien beginnend umgesetzt werden.

### **Elternbeiträge Hügellandschule**

Der Elternbeitrag in der Hügellandschule wird ab dem Schuljahr 2016/2017 um EUR 20,- erhöht, das heißt der Beitrag der Eltern wird sohin für die Unterstufe etwa EUR 75,- betragen. Der Beitrag für die Sekundarstufe wird ebenfalls um € 20,- pro Monat angehoben. Zugleich wird das Angebot erweitert, sodass eine Betreuung bis 16 Uhr möglich ist und auch Förderungen lukriert werden können.

### **Bürgerversammlung**

Im Zuge der Bürgerversammlung waren letzten Donnerstag im Gasthaus Riedisser etwa 300 Personen anwesend. Angesprochen wurden die Themen Situation im SeneCura Sozialzentrum und Asylwerber. Es gibt dazu eine schriftliche Stellungnahme von Altbürgermeister Baumhackl zu den Aussagen der SeneCura Verantwortlichen, dass er gewusst habe, dass im SeneCura-Heim Personen zur Resozialisierung und als Vorbereitung auf den Freigang bzw. der Entlassung untergebracht werden. Diese Stellungnahme wird sogleich durch den Amtsleiter wie folgt verlesen:

*„An den Bürgermeister und den Gemeinderat der MG Vasoldsberg 8076 Vasoldsberg. Das Schreiben ist datiert mit 25.6.2016;*

*Betrifft: Angebliches Nebenabkommen zum Vertrag zwischen der MG Vasoldsberg und dem Pflegeheim SeneCura Vasoldsberg.*

*Hiermit halte ich, Josef Baumhackl, fest, dass ich ein Nebenabkommen des genannten Vertrages weder mündlich noch schriftlich in der Zeit als Bürgermeister abgeschlossen habe. Insbesondere zur Unterbringung von ehemaligen Strafgefangenen oder psychisch abnormen Rechtsbrechern. Weiters halte ich fest, dass ich mich persönlich gegen die Unterbringung eines ehemaligen Strafgefangenen eingesetzt habe. Hiezu berichte ich kurz: Am 20.09.2013 erhielt ich einen anonymen Anruf, wonach ein Bewohner des Pflegeheims SeneCura, welcher kurz zuvor in der Strafanstalt Stein untergebracht war in das Pflegeheim SeneCura aufgenommen worden wäre und dass eine Gefährdung anderer Heimbewohner bestünde. Daraufhin habe ich unverzüglich die Polizeiinspektion Hausmannstätten informiert und um Kontrolle der Situation im Pflegeheim ersucht. Weiters führte ich bereits am nächsten Tag, dem 21.09.2013 mit mehreren Vertretern der Firma SeneCura in dieser Angelegenheit ein Gespräch. Es wurde mir zugesichert, dass diese Person unverzüglich in eine geeignetere Einrichtung überstellt wird. Diese Lösung war für mich zufriedenstellend. Bis zu meinem Ausscheiden*



*als Bürgermeister hörte ich über keine weiteren derartigen Vorkommnisse, noch wurde ich seitens SeneCura in irgendeiner Weise über weitere derartige Fälle informiert. Hochachtungsvoll Josef Baumhackl.“*

Nachdem Altbürgermeister Josef Baumhackl persönlich anwesend ist, stellt der Bürgermeister den **Antrag die Sitzung zu unterbrechen**, um eine persönliche Stellungnahme des Altbürgermeisters zu ermöglichen.

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Die **Sitzung wird daraufhin unterbrochen** und der Bürgermeister ersucht den Altbürgermeister zur Situation Stellung zu nehmen.

Der Altbürgermeister Baumhackl nimmt Stellung wie folgt:

Er verweist auf seine schriftliche Stellungnahme und führt des Weiteren aus, dass in die Entscheidung auch RA Dr. Zahlbruckner als rechtlicher Berater sowie als medizinischer Sachverständiger Dr. Lintschinger eingebunden gewesen sind. Das Heim stehe nur für Pflegebedürftige zur Verfügung und ist nie von etwas anderem die Rede gewesen. Hätte der damalige Gemeinderat bzw. der Altbürgermeister über allfällige Unterbringung von Straftätern gewusst, hätte SeneCura diesen Zuschlag nicht bekommen. Der Altbürgermeister zeigt sich verwundert, dass selbst nach seinem Einschreiten nunmehr wieder solche Personen untergebracht wurden, zumal es für solche Personen geeignete Stellen der Unterbringung gibt und dies nicht in einem Pflegeheim in Vasoldsberg sein kann. Grundlage der Vertragserstellung sei das niemals gewesen.

GV Konrad Markus: Für uns stellt sich die Frage, ob Sie bei Errichtung des Pflegeheims gewusst haben, dass solche Personen untergebracht werden oder wurde das Ganze erst später umfunktioniert? Wurden Sie da informiert?

Altbürgermeister Baumhackl: Nein. Ich wusste nicht davon, außer bei diesem einen genannten Vorfall und dort wurde mir zugesichert, dass das ein Einzelfall ist, der sich nicht wiederholt. Ich wusste auch nur durch den anonymen Anrufer davon. Das genaue Datum habe ich mir gemerkt, weil ich mit den Senioren an diesem Sonntag gerade auf dem Heimweg von einem Ausflug in Südtirol war. In der Folge habe ich mich wie bereits ausgeführt verhalten.“

Soboth: Auf den anonymen Anruf wurde also entsprechend reagiert. Warum wurde das in der nächsten Gemeinderatssitzung nicht mitgeteilt?

Altbürgermeister Baumhackl: Das ist eine Angelegenheit die der Bürgermeister selbst regeln muss – nach meiner Ansicht, sodass nicht mehr Schaden passieren kann. Nun ist ein wirklicher Schaden für das SeneCura Zentrum entstanden, zumal der Vorfall in den Medien ausgeschlachtet wurde. In dem Vertrag gibt es einen Passus wie vorzugehen ist.

Soboth: Wieso sagen die Verantwortlichen von SeneCura, dass der Altbürgermeister Bescheid gewusst hat?

Altbürgermeister Baumhackl: „Ich habe nur von dem einen Vorfall gewusst und diesen Fall habe ich sofort gelöst – innerhalb eines Tages. Sonntag habe ich davon erfahren, Montag habe ich das Ganze gelöst.

Bürgermeister: Gibt es noch weitere Fragen?

GV Konrad Markus: In welchem Vertrag ist das geregelt wie vorzugehen ist?

Altbürgermeister Baumhackl: In dem Vertrag zwischen der Gemeinde und der SeneCura. Die Gemeinde hat sich über Jahre bemüht die Rechtsträgerschaft des Sozialzentrums zu bekommen. Als wir die Trägerschaft bekommen haben, haben wir ein objektives Ausscheidungsverfahren mit den vorher genannten Personen durchgeführt. Wenn wir gewusst hätten, dass solche Personen untergebracht werden, wie sich in den letzten 14 Tagen gezeigt hat, hätten wir anders vergeben. Der Vertrag ist wasserdicht, wurde von Dr. Zahlbruckner verfasst und im Gemeinderat beschlossen. Damit ist er rechtsgültig geworden und SeneCura hat den Auftrag bekommen. Ich wiederhole nochmals, dass ich, wenn ich gewusst hätte, dass hier nicht vertragskonform vorgegangen wird, den Auftrag anders vergeben hätte. Das nicht vertragskonform vorgegangen wurde ist ein Skandal und betrifft mich auch persönlich. Der Gemeinderat wird in weiterer Folge auch etwas unternehmen, aber das ist jetzt nicht mehr meine Aufgabe.

Bürgermeister: Danke für die Wortmeldungen.

GR Premm: Welche Konsequenzen hat der Vertragsbruch?

Altbürgermeister Baumhackl: Das wird sich erst weisen. Das kann ich nicht beantworten.

GR Premm: Das müsste im Vertrag stehen...

Altbürgermeister Baumhackl: Steht alles drinnen. Das ist ein wasserdichter Vertrag im Interesse der Gemeinde.

GR DI Weinhandl: Offensichtlich muss der Vertrag es ermöglichen, dass solche Leute hier behandelt werden?

Altbürgermeister Baumhackl: Ich habe meinem Rechtsberater auch diese Frage gestellt und war der Rechtsanwalt anderer Ansicht.

Der Bürgermeister gibt an, dass dies noch genau geprüft werden wird, dankt dem Altbürgermeister für die Stellungnahme **und eröffnet die unterbrochene Sitzung wieder und setzt diese fort.**

Vor allem die Beiratsklausel wird noch genauer geprüft werden, damit dargestellt werden kann, ob laut Vertrag solche Dinge möglich sind oder nicht. Diese Arbeit wird natürlich gemacht werden. Der Bürgermeister setzt berichtend fort.

### **Gespräch mit der katholischen Kirche wegen Übernahme der Trägerschaft für die Hügelland-schule**

Kontakt wurde hergestellt und hat es letzten Montag eine Begehung in der Schule im Beisein der Landesschulrätin Elisabeth Meixner und Vertretern der kath. Kirche gegeben. Die Schule wurde begutachtet und das gesamte Konzept stieß auf große Begeisterung. Die nächsten Schritte werden in die Wege geleitet, wobei der weitere Verlauf abzuwarten bleibt. Hier sind alle Gemeinderäte gefordert und wird um diesbezüglich um Unterstützung und Mitarbeit ersucht, da eine Übernahme finanziell vorteilhaft wäre. Damit ist nicht gemeint, dass jemand sämtliche Kosten trägt. Die

Gemeinde wird immer als Schulerhalter auftreten, jedoch ist es auch etwas Wert, wenn unsere Kinder bei uns in die Schule gehen können.

### **Beendigung des Verfahrens für das Ambulatorium Vasoldsberg nach dem KAG durch die Betreiber Sportchirurgie Plus**

Von Seiten Schippinger/Fankhauser wurde mitgeteilt, dass das Verfahren beendet wird, da sie auf eine Fortführung verzichten. Wir sind vertraglich dazu verpflichtet die Kosten für dieses Verfahren zu übernehmen. Es wurde jetzt über einen Rechtsanwalt ein Schriftstück eingebracht, dass wir von einer Weiterführung des Verfahrens Abstand nehmen. Das ist zum einen sehr schade für uns, da damit klar ist, dass in weiterer Folge die Menschen die das nutzen tatsächlich etwas zahlen müssen und erst später ihren Anteil rückerstattet bekommen, aber der Betreiber möchte das so. Das Vorgehen ist auch vertragskonform.

### **Gemeindeverwaltungsdienstprüfung Monika Juritsch**

Frau Monika Juritsch hat die Gemeindeverwaltungsdienstprüfung in „b“ gestern erfolgreich bestanden und wird für diese Leistung beglückwünscht.

### **Steuerprüfung**

Die Steuerprüfung ist abgeschlossen. Für den genauen Bericht wird in der nächsten Sitzung Prof. Pilz anwesend sein, sodass die Steuerprüfung auch finanztechnisch richtig erklärt werden kann.

### **Baubeginn Einbindung Generationenstraße L369**

Derzeitiger Stand: Mit den Aushubarbeiten wurde bereits begonnen. Die Abschrägungen im Böschungsbereich auf der Seite von SeneCura sind bereits gemacht. Der gesamte Grundstücksbedarf wurde von den Ennstalern, von der Siedlungsgenossenschaft Köflach und Herrn Coutinho als Grundbesitzer kostenlos zur Verfügung gestellt. Für dieses Projekt konnten Förderungen in der Höhe EUR 162.000,- lukriert werden und die Zuzahlung der Genossenschaften, die die Abbiegespur dort auch nutzen werden, da diese für sie von großem Wert ist, der Siedlungsgenossenschaft Köflach und der Ennstaler, belaufen sich auf EUR 124.000,-. Zum derzeitigen Stand bleiben uns etwa die halben Kosten von rd. EUR 250.000,- von den Schätzkosten übrig. Den Firmen gebührt Dank für ihre Unterstützung.

### **Einladung zum Jahresabschlusskonzert der Musikschule Vasoldsberg**

Das Konzert findet morgen bei Schönwetter vor dem Gemeindeamt statt und sind hierzu alle Zuhörer, Gemeinderäte und sonstige Interessierte herzlich eingeladen.

### **Installierung Bürger-SMS**

Aufgrund der aktuellen Situation haben wir gesehen wie dringend es notwendig ist, rasch Informationen raus zu geben und wurde bereits voriges Jahr im Vorstand darüber diskutiert und auch berichtet. Die ersten Angebote wurden eingeholt und liegen seit 25. Februar d.J. vor. Die Bearbeitung ist schon lange im Gange und wird mit Sicherheit im Rahmen der nächsten Sitzungen eine Beschlussfassung vorgenommen werden.

### **Messfeier im SeneCura-Zentrum**

Wir haben zwei Jubilare, nämlich Frau Walter und Frau Zechner. Diese feiern ihren 100. Geburtstag und ihr Wunsch war es, heute im Pflegeheim SeneCura eine Messe zu bekommen. Diese hat heute stattgefunden. Es gab auch musikalische Unterstützung durch einen Singkreis, die Messe wurde von Herrn Pfarrer Dr. Wilfing gehalten. Die Gemeinde gratuliert recht herzlich.

### **Stellungnahme Gemeindebund betreffend Sitzungsunterlagen**

Wir haben beim Gemeindebund angefragt, was den Dringlichkeitsantrag von GR Ortner zum Thema Zusendung von digitalen Sitzungsunterlagen betrifft, und haben eine Stellungnahme erhalten, die wie folgt vom Amtsleiter verlesen wird:

*„Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zur Anfrage Ihres Amtleiters vom 20.05.2016 ist festzuhalten, dass unseres Erachtens nach keine rechtliche Grundlage besteht dem vorliegenden Antrag zu entsprechen. Gemäß § 34 der steiermärkischen Gemeindeordnung steht unter anderem den Mitgliedern des Gemeinderates das Recht zu ab Erhalt der Einladung zur Sitzung und in den zum Amtsverkehr bestimmten Zeiten im Gemeindeamt bis zum Tag vor der Sitzung und während der Sitzung bis spätestens vor der Beschlussfassung in die Tagesordnung Einsicht zu nehmen. Nach einhelliger Lehre umfasst dieses Einsichtsrecht nicht das Anfertigen von Kopien, einzelner Akten oder Aktenstücke (dieses Recht wäre beschränkt gemäß § 15 Abs 4 GemO auf den jeweiligen Fraktionsvorsitzenden). Ansonsten ist auch die Herstellung von Kopien für Gemeinderäte nicht zulässig. Die (jederzeit auch elektronische) Einsichtnahme außerhalb des Gemeindeamtes findet unserer Meinung in der Regelung des § 34 GemO keine Deckung. Mit der Bitte um Kenntnisnahme verbleiben wir mit freundlichen Grüßen Mag. Neuner.“*

Nach Einwurf aus dem Gemeinderat, um welche Lehre es sich dabei handle, stellt der Bürgermeister nochmals fest, dass es laut Stellungnahme des Gemeindebundes keine rechtliche Grundlage für das von GR Ortner beantragte Vorgehen gibt. Außerdem ist mit den Fraktionsführern bereits eine Erleichterung vereinbart worden.

### **Punkt 2.) Beratung und Beschlussfassung über die Annahme des Sitzungsprotokolls vom 17. Dezember 2015**

In der Gemeinderatssitzung vom 4. Februar 2016 wurde seitens der GFV vom 2. Vizebgm. Kaufmann ein Einwand zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember 2015 eingebracht. Dieser Einwand wurde rege diskutiert und damals von einem Beschluss des Protokolls abgesehen, zumal rechtliche Erkundigungen eingeholt werden sollten und eine Aufsichtsbeschwerde vom Vizebgm. Kaufmann eingebracht wurde. Dazu gibt es jetzt eine schriftliche Stellungnahme der Abteilung 7. Diese wird wie folgt vom Amtsleiter vorgetragen:

*„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Kaufmann! Mit Eingabe vom 9.2.2016 übermittelten Sie der Abteilung 7 Gemeinde- Wahlen- und ländlicher Wegebau eine Aufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister der Marktgemeinde Vasoldsberg, in welcher Sie vorbringen, dass die Einwendungen gegen den Inhalt der Verhandlungsschrift vom 17.12.2015 in der Gemeinderatssitzung vom 4.2.2016 nicht angenommen wurden. Die Aufsichtsbeschwerde wurde gemäß § 98 Abs 1 Z 2 GemO Herrn Bürgermeister Wolf-Maier zur Stellungnahme übermittelt und dieser hat mit Schreiben vom 30.3.2016 dazu Stellung genommen. Die Gegenäußerung zu dieser Stellungnahmen Ihrerseits erfolgte am 18.4.2016. Hierzu wird nachstehendes festgestellt: Aufgrund der vorliegenden Unterlagen ergibt sich, dass die Einwendung zur Verhandlungsschrift vom 17.12.2015 noch nicht abschließend vom Gemeinderat der Marktgemeinde Vasoldsberg behandelt wurde. Daher ist eine*

*Rechtsverletzung durch ein Gemeindeorgan nicht erkennbar. Zur Verletzung von schriftlich erhobenen Einwendungen gegen den Inhalt einer Verhandlungsschrift wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 60 Abs 6 GemO in der darauffolgenden Sitzung über jede einzelne Einwendung im Gemeinderat abzustimmen ist und erst nach Erledigung aller Einwendungen die Verhandlungsschrift als Ganzes zu genehmigen ist. Mit freundlichen Grüßen Abteilungsleiter Mag. Wlattnig.“*

DI Weinhandl: Die Frage ist damit noch nicht beantwortet. Wir wollten wissen ob es eine Einschränkung hinsichtlich einer Fragestellung gibt.

Bürgermeister: Das ist die Antwort dazu und wurde auch von uns – ohne durch eine Aufsichtsbeschwerde dazu veranlasst zu sein – diese Frage gestellt, weil wir Klarheit haben wollten und nun haben wir die Antwort wie obenstehend bekommen. Ein Einwand zum Protokoll kann es meiner Ansicht nach nur sein, wenn die Niederschrift anders ist als gesprochen wurde und das lässt sich leicht nachvollziehen. Jede einzelne Beratschlagung, Vorschläge oder dergleichen hat in einer Berichtigung eines Protokolls nichts zu suchen. Wir werden über jeden einzelnen Punkt abstimmen.

Das sind die Ergänzungen, Richtigstellungen und Änderungen vom Protokoll vom 17. Dezember 2015, eingebracht von der GFV:

In *kursiv* steht folgend der Text der Einwendung:

*1. Ergänzung - Seite 6: Wir ersuchen um sachliche Antworten auf unsere Fragen. „Die Frauenbewegung ist eine Gruppierung der ÖVP“. Die Antwort des Bürgermeisters erscheint uns nicht richtig! Bitte die Frage in diesem Sinne zu beantworten.*

Bgm: Das ist in der Gemeindeordnung ganz klar definiert - Fragestellung und Antwort. Ob die Antwort passt oder nicht, ist egal. Wenn die Antwort da ist, ist sie da. Eine Frage ist mit einer Antwort zu beantworten oder spätestens in der nächste Gemeinderatssitzung. Eine klare Abhandlung - und keine Diskussion. Die Frauenbewegung ist eine Teilorganisation lautete die Antwort und so bleibt es. Somit ist die Frage beantwortet.

Der Bürgermeister bringt die 1. Einwendung zur Abstimmung.

Diese wurde mit 4 : 3 : 12 Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Stimme enthalten haben sich GV Konrad Markus und die Gemeinderäte Bausch und Soboth.

Dagegen stimmten der Bürgermeister, Vizebgm. Ing. Pfeiffer, GK Dr. Waldhuber und die Gemeinderäte Czerny, Url, Martin Konrad, Voit, Schögler, Bartoska, DI. Dr. Puchinger, Walter und Christian Konrad.

*2. Ergänzung - Seite 6 und 7: Zweite Anfrage an Dr. Waldhuber: Die Vorstandsbeschlüsse vom 23.7.2014 entsprechen nicht der Gemeindeordnung, da diese eine Summe von mehr als EUR 80.000 ausmachen, wo die Mehrwertsteuer noch zuzüglich ist und diese den Rahmen des Vorstandes sprengt. Bitte um Aufklärung der umfangreichen Darstellung der Kosten, da dies noch nicht in der Gemeinderatssitzung passiert ist.*

Der Bürgermeister bringt diesen Einwand zum Protokoll auch zur Abstimmung.

Der Einwand wurde mit 3 : 5 : 11 Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Stimme enthalten haben sich hier GV Konrad Markus, sowie die Gemeinderäte Bausch, Gries, Christian Konrad und Soboth.

Dagegen stimmten der Bürgermeister, Vizebgm. Ing. Pfeiffer, GK Dr. Waldhuber und die Gemeinderäte Czerny, Url, Martin Konrad, Voit, Schögler, Bartoska, DI. Dr. Puchinger und Walter.

3. *Ergänzung - Seite 8: Die Antwort es Bürgermeisters war nicht zufriedenstellend: Bitte um Aufklärung, wie politische Organisationen und Teilorganisationen den Gemeindesitzungssaal verwenden bzw. verwenden können und ab wann dafür Mieten anfallen.*

Der Bürgermeister bringt diesen Einwand zum Protokoll auch zur Abstimmung.

Der Einwand wurde mit 3 : 5 : 11 Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Stimme enthalten haben sich hier GV Konrad Markus, sowie die Gemeinderäte Bausch, Gries, Christian Konrad und Soboth.

Dagegen stimmten der Bürgermeister, Vizebgm. Ing. Pfeiffer, GK Dr. Waldhuber und die Gemeinderäte Czerny, Url, Martin Konrad, Voit, Schögler, Bartoska, DI. Dr. Puchinger und Walter.

4. *Richtigstellung - Seite 8: Berichte. Der Bürgermeister gibt an, dass Herr Jürgen Blatnik per 31.11. gekündigt hat. Kann nicht korrekt sein, da es dieses Datum nicht gibt.*

Bürgermeister: Er hat am 30.11. gekündigt. Wird berichtet.

Der Bürgermeister bringt diesen Einwand zum Protokoll zur Abstimmung.

Der Einwand wurde mit 18 : 1 Stimme mehrheitlich angenommen.

Der Stimme enthalten hat sich hier der Bürgermeister.

5. *Ergänzung - Punkt 7: Rutschung Grazstraße. Wir empfehlen die entsprechenden Bautagebücher der damaligen Bauarbeiten auszuheben.*

Bürgermeister: Das war eine Empfehlung und keine Einwendung zum Protokoll.

DI Weinhandl: Das hat der Michael Kaufmann gesagt, wurde aber nicht ins Protokoll genommen.

Amtsleiter: Dass dies in der Sitzung gesagt wurde, geht aus dem Einwand nicht hervor. Dies müsste ganz klar angegeben werden.

Der Bürgermeister bringt diesen Einwand zum Protokoll zur Abstimmung.

Der Einwand wurde mit 3 : 5 : 11 Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Stimme enthalten haben sich hier GV Konrad Markus, sowie die Gemeinderäte Bausch, Gries, Christian Konrad und Soboth.

Dagegen stimmten der Bürgermeister, Vizebgm. Ing. Pfeiffer, GK Dr. Waldhuber und die Gemeinderäte Czerny, Url, Martin Konrad, Voit, Schögler, Bartoska, DI. Dr. Puchinger und Walter.

6. *Ergänzung - Seite 9 Punkt 8: Kuraufenthalt Herr Ninaus. Wir sind der Meinung, dass solche Informationen in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung nicht zur Sprache kommen dürfen.*

Bürgermeister: Es ist positiv, dass alle Gemeinderäte dahingehend informiert werden. Diese Information unterliegt keiner Geheimhaltungspflicht, es handelt sich lediglich um eine Weitergabe von öffentlichen Informationen. Er ist ein Gemeindebediensteter, deshalb wird der Gemeinderat darüber informiert.

Der Bürgermeister bringt diesen Einwand zum Protokoll zur Abstimmung.

Der Einwand wurde mit 3 : 5 : 11 Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Stimme enthalten haben sich hier GV Konrad Markus, sowie die Gemeinderäte Bausch, Gries, Christian Konrad und Soboth.

Dagegen stimmten der Bürgermeister, Vizebgm. Ing. Pfeiffer, GK Dr. Waldhuber und die Gemeinderäte Czerny, Url, Martin Konrad, Voit, Schögler, Bartoska, DI. Dr. Puchinger und Walter.

*7. Ergänzung - Seite 10, 2 Frage: Kosten Hügellandschule. Wir ersuchen diesen Punkt mit einem Steuerberater zu besprechen um hier keinen finanzrechtlichen Fehler zu begehen.*

Bürgermeister: Dies ist ebenfalls kein Einwand.

DI Weinhandl: Wurde wieder nicht protokolliert.

Der Bürgermeister bringt diesen Einwand zum Protokoll zur Abstimmung.

Der Einwand wurde mit 3 : 5 : 11 Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Stimme enthalten haben sich hier GV Konrad Markus, sowie die Gemeinderäte Bausch, Gries, Christian Konrad und Soboth.

Dagegen stimmten der Bürgermeister, Vizebgm. Ing. Pfeiffer, GK Dr. Waldhuber und die Gemeinderäte Czerny, Url, Martin Konrad, Voit, Schögler, Bartoska, DI. Dr. Puchinger und Walter.

*8. Ergänzung - Seite 11. Umsatzsteuerrückzahlung „Achteckstadl“. Es handelt sich um eine Fehlauskunft der Buchhaltung. Herr Linhard wird dies in Zukunft besser zu machen und wahrheitsgetreue Auskünfte zu geben.*

Amtsleiter: Hiermit wird ihm unterstellt, wenn man es wortwörtlich liest, nicht wahrheitsgetreue Auskünfte zu geben. Dies wird zurückgewiesen. Wenn Auskünfte gegeben werden, werden diese sicher nicht bewusst unwahr sein.

Premm: Es wurde hier vom Amtsleiter angegeben, es in Zukunft besser zu machen.

Amtsleiter: Das stimmt, ich habe aber nicht gesagt, dass unwahre Auskünfte gegeben wurden. Und dass wir es besser machen werden, ach das wurde gesagt.

DI. Weinhandl: Es geht hier darum, dass Vizebgm. Kaufmann von der Buchhaltung offensichtlich nicht richtige Auskünfte erhalten hat. Im Protokoll steht aber, dass dies von uns irrtümlich gesagt wurde. Das stimmt aber nicht. Wir haben diese Auskunft bekommen.

Bürgermeister: Dann muss der Einwand entsprechend formuliert werden, und nicht so, wie es hier steht.

Rieberer: Warum wurde die ursprüngliche Aussage nicht so protokolliert, wie sie tatsächlich gefallen ist? Dann gäbe es diesen Einwand nicht. Es ist für uns ein wichtiger Punkt, denn es geht hier immerhin um eine Klagsdrohung gegen Vizebgm. Kaufmann.

Der Bürgermeister bringt diesen Einwand zum Protokoll zur Abstimmung.

Der Einwand wurde mit 3 : 5 : 11 Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Stimme enthalten haben sich hier GV Konrad Markus, sowie die Gemeinderäte Bausch, Gries, Christian Konrad und Soboth.

Dagegen stimmten der Bürgermeister, Vizebgm. Ing. Pfeiffer, GK Dr. Waldhuber und die Gemeinderäte Czerny, Url, Martin Konrad, Voit, Schögler, Bartoska, DI. Dr. Puchinger und Walter.

Anschließend stellt der Bürgermeister den Antrag, dass der positiv beschlossene Punkt 4. ins Protokoll aufgenommen, und das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember 2015 mit dieser einen Einwendung beschlossen wird.

Der Antrag wurde mit 11 : 5 : 3 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Der Stimme enthalten haben sich GV Konrad Markus und die Gemeinderäte Gries, Bausch, Christian Konrad und Soboth.

Dagegen stimmten Die Gemeinderäte Rieberer, DI Weinhandl und Premm.

**Punkt 3.) Beratung und Beschlussfassung über die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 13.09.2007, Tagesordnungspunkt 15, betreffend Förderung des öffentlichen Verkehrs**

Es wurde im Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss eingehend darüber beraten und ein Vorschlag für eine neue Förderung erarbeitet.

Um die neue Förderung zu beschließen muss dieser alte Beschluss aufgehoben werden.

Derzeit gültig ist der Beschluss für die Förderung des öffentlichen Verkehrs vom 13. September 2007: Bei Vorlage einer abgelaufenen Wochen-, Monats-, Halbjahres- oder Jahreskarte und Vorlage einer Bestätigung des Dienstgebers über die Beschäftigung gibt es eine 20%ige Förderung. Gültig für alle nach dem 13. September 2007 gekauften Karten. Der Förderungsanspruch gilt für Karten die längstens 1 Jahr abgelaufen sind. Dieser Antrag ist vom Gemeinderat damals einstimmig angenommen worden.

Die Förderung wurde neu angedacht. Um eine neue Förderung beschließen zu können, muss der Beschluss aus dem Jahre 2007 aufgehoben werden.

**Antrag und Beschluss:**

Der Bürgermeister stellt den Antrag den Beschluss vom 13.9.2007 betreffend der Förderung des öffentlichen Verkehrs aufzuheben.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

**Punkt 4.) Beratung und Beschlussfassung über Neuregelung der Förderungen für den öffentlichen Verkehr**

Der Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss hat in einer Sitzung eine neue Regelung erarbeitet und empfiehlt dem Gemeinderat diese auch so zu beschließen.

Neuer Vorschlag: 20% Gemeindeförderung an Pendler wird für Monats-, Halbjahres- und Jahreskarten gewährt. Die Förderung muss spätestens innerhalb eines Monats nach Ablauf der Karte im Gemeindeamt beantragt werden.

DI. Weinhandl: Sind alle Karten personifiziert – um Missbrauch zu vermeiden?

Bürgermeister: Nein, die Monatskarten nicht.

Amtsleiter: Er möchte auch eine Regelung für Studenten, momentan gilt die Förderung nur für Pendler. Es gibt immer wieder Anfragen.

Hier soll ein Studentenausweis und eine Inskriptionsbestätigung als Nachweis vorgelegt werden. Das Förderangebot für Studenten soll damit erweitert werden. Die Förderung gilt auch für Lehrlinge.

**Antrag und Beschluss:**



Der Bürgermeister stellt den Antrag die Förderung für den öffentlichen Verkehrs wie folgt neu zu regeln:

*Förderung von Pendlern, Lehrlingen und Studenten: Nach Vorliegen einer Arbeits- bzw. Inskriptionsbestätigung werden 20% des Fahrpreises für Monats-, Halbjahres- und Jahreskarten rückerstattet. Die Förderung muss spätestens einen Monat nach Ablauf der Karte im Gemeindeamt beantragt werden.*

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

### **Punkt 5.) Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Metallbauarbeiten für den Zubau zum Schulzentrum Vasoldsberg**

Allgemeine Diskussion:

Soboth: Eine Anmerkung zu den Punkten 5 - 9: Hier sollte man „das Kind beim Namen nennen“ und auch dazuschreiben, dass es der Zubau für die **Hügellandschule** ist. Dies wäre eine sinnvolle Sache.

Bürgermeister: Wir müssen ein Zeichen nach außen setzen, dass dies unser Schulzentrum ist und das Auseinanderdividieren muss aufhören. Hier werden Investitionen für die Zukunft und unsere Kinder getätigt. Ein Beitrag zur Harmonisierung soll ermöglicht werden. Deshalb auch der neue Titel „Schulzentrum“.

Bausch: Bei den letzten Gemeinderatssitzungen ist es sehr wohl richtig angeführt gewesen: Zubau Schulzentrum - Hügellandschule.

Bürgermeister: Es ist *ein* Schulzentrum und es soll vereinernd wirken.

Czerny: Der Bürgermeister hat es schon gesagt, es sollte nicht weiter auseinanderdividiert werden.

Bürgermeister: Wir werden bei der Beschlussfassung jeweils anführen, dass es sich um einen Zubau zum Schulzentrum - Hügellandschule handelt.

DI Weinhandl: Es soll damit nicht untergehen, dass auch die öffentliche Schule unterstützt werden soll und nicht nur die Hügellandschule.

Bürgermeister: In diese Schule investieren wir für die Zukunft. Es wird das gesamte Schulzentrum unterstützt. Es hat vor Jahren auch große Investitionen in die öffentliche Volksschule gegeben, denken wir nur an die Harmoniehalle. Tun wir nicht so, als ob nur eine Seite unterstützt wird. Wir bauen dort für unsere Kinder.

Jetzt zu Tagesordnungspunkt 5.):

Die Arbeiten wurden ausgeschrieben und es wurde ein Angebot von Metallbau Muralter aus Graz mit EUR 14.134,50 netto abgegeben.

Rieberer: Wann erfolgte die Ausschreibung? Wann wurden die Unterlagen zugesandt? Er möchte gerne das Datum wissen.

Bürgermeister: Die Unterlagen wurden zeitgerecht an jeden einzelnen Interessenten weitergeschickt. Jeder konnte ein Angebot einreichen. Das Datum kann erst in der nächsten Sitzung genannt werden, da die Unterlagen vom Planer ausgeschickt wurden.

Rieberer: Es gab genug Zeit die Arbeiten zeitgerecht auszuschreiben. Trotzdem gibt es nur das eine Angebot. Daher nochmals meine Frage, wann die Ausschreibungen verschickt wurden.

GV Konrad Markus: Es sind 5 Firmen angeschrieben worden. Ist dieses Angebot annehmbar, da es kein Vergleichsangebot gibt? Vorschlag: Weitere Anbieter kontaktieren, um ein zweites Angebot zu erhalten. Dann können wir schauen, ob das Angebot zufriedenstellend ist.

DI Weinhandl: Er kann der Vergabe so nicht zustimmen, da es nur ein Angebot gibt, und er nicht sagen kann, ob der Preis tatsächlich günstig ist. Das Verfahren sollte widerrufen, und ein weiteres Angebot eingeholt werden. Dann haben wir Gewissheit, dass der Preis auch passt.

Bürgermeister: Das Angebot ist glaube ich besser als die berechneten Schätzkosten von Ing. Jöbstl. Somit wurde das Angebot angenommen, da es keine weiteren Bieter gab.

Soboth: Er weißt nochmals darauf hin, dass es den Zusatz „Hügellandschule“ geben soll.

Vizebürgermeister Pfeiffer: Es ist ein Ausführungsdatum aufgrund des Schulbeginnes vorgegeben. Es herrscht Zeitdruck, daher sollte dieses Angebot angenommen werden. Möglicherweise erhielten wir wegen des Zeitdruckes nur ein Angebot.

DI Weinhandl: DI Jöbstl sollte seine Planung danach ausrichten, dass wir zu günstigen Preisen kommen. Alle Firmen haben jetzt volle Auftragsbücher. Er ist offensichtlich zu wenig bemüht, dies zeitgerecht zu machen.

Bürgermeister: Er weißt diese Anschuldigungen zurück.

Url: Die Kritik darüber, dass früher mit den Ausschreibungen gestartet werden sollte, stimmt so nicht. Der Anbieter wusste nicht, dass er der einzige Anbieter ist, dadurch dürfte er nicht übersteuert kalkuliert haben, da er den Auftrag gerne erhalten würde.

Vizebürgermeister Pfeiffer: Es geht nicht darum, wer warum angeboten hat. Man sollte zur Sache zurückkehren.

### **Antrag und Beschluss:**

Gemeinderat Bartoska stellt den Antrag, den Auftrag für die Metallbauarbeiten beim Zubau Schulzentrum - Hügellandschule mit einer Auftragssumme von netto € 14.134,50 an den Bestbieter, die Fa. Muralter aus Graz zu vergeben.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat mit 13 : 2 : 4 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Der Stimme enthalten haben sich die Gemeinderäte Bausch und Gries.

Dagegen stimmten die Gemeinderäte Rieberer, Premm, DI Weinhandl und Konrad Christian.

### **Punkt 6.) Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Malerarbeiten für den Zubau zum Schulzentrum Vasoldsberg**

Es sind 5 Angebote eingelangt:

Preise netto; Firma Obenauf: € 13.161,08; Fischer GmbH, Weiz: € 10.629, 80, Fa. Stranzl Leopold, Gleisdorf: € 12.289,20; Fa. Veit Otmar: € 10.771,70 und Malerbetrieb Koch: € 14.382,--

Die Firma Fischer ist damit der Bestbieter. Diese Firma hat bereits sehr oft für uns gearbeitet und arbeitet ausgezeichnet.

DI Weinhandl: Es wurden auch die Malerarbeiten für den Kindergarten ausgeschrieben. Frage, wieso diese beiden nicht zusammengefasst wurden. Nun wurde alles doppelt gemacht.

Bürgermeister: Nicht alle Firmen können einen großen Auftrag annehmen. So können auch kleinere Firmen mit geringerem Personalstand teilnehmen und wir sind dadurch schneller unterwegs.

### **Antrag und Beschluss:**

Gemeinderat Url stellt den Antrag, die Malerarbeiten für den Zubau zum Schulezentrum Vasoldsberg - Hügellandschule an den Bestbieter, die Fa. Fischer aus Weiz mit einer Auftragssumme von € 10.627,80 excl. MwSt. zu vergeben.

Der Antrag wurde mit 15 : 1 : 3 mehrheitlich angenommen.

Der Stimme enthalten hat sich Konrad Christian, dagegen stimmten die Gemeinderäte Rieberer, Premm und DI Weinhandl.

### **Punkt 7.) Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Glaserarbeiten für den Zubau zum Schulzentrum Vasoldsberg**

Es wurde dazu ein Angebot von der Fa. Zeilinger aus Groß Sankt Florian abgegeben.

### **Antrag und Beschluss:**

Vizebgm. Ing. Pfeiffer stellt den Antrag, den Auftrag für die Glaserarbeiten beim BV. Zubau Schulzentrum - Hügellandschule an den Bestbieter, die Fa. Helmut Zeilinger GmbH. mit einer Auftragssumme von netto € 7.302,- zu vergeben.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat mit 12 : 3 : 4 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Der Stimme enthalten haben sich GV Markus Konrad und die Gemeinderäte Bausch und Gries, dagegen stimmten die Gemeinderäte Rieberer, Premm, DI Weinhandl und Christian Konrad.

GV Markus Konrad begründet seine Enthaltung damit, dass nur ein Angebot bei der Vergabe vorgelegen ist.

**Punkt 8.) Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Fliesenlegerarbeiten für den Zubau zum Schulzentrum Vasoldsberg**

Es wurden 4 Angebote netto abgegeben:

Fliesen Wallner	€ 15.756,50,
Liebbau Weiz	€ 12.843,50,
Ingenieur Hillebrand	€ 12.833,90;
Fliesen Wurm	€ 14.601,50.

DI. Weinhandl: Dieses Gewerk ist für ihn ok, hier kann er einer Vergabe zustimmen.

**Antrag und Beschluss:**

Gemeinderat Walter stellt den Antrag, die Fliesenlegerarbeiten für das BV. Zubau Schulzentrum Vasoldsberg - Hügellandschule an den Bestbieter, die Fa. Hillebrand zu vergeben.

Der Antrag wurde mit 17 : 2 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Dagegen stimmten die Gemeinderäte Rieberer und Premm.

**Punkt 9.) Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Bodenlegerarbeiten für den Zubau zum Schulzentrum Vasoldsberg**

Der Bürgermeister stellt die Angebotsniederschrift vor. Bestbieter ist die Fa. Profi Massiv Parkett, die Fa. war der einzige Anbieter. Profi Massivpaket hat ein Angebot von € 17.674,- erstellt. Die Schätzkosten wurden berechnet und das Angebot ist zufriedenstellend.

DI. Weinhandl: Es gibt hier wieder nur 1 Angebot, daher kann er hier wieder nicht zustimmen.

**Antrag und Beschluss:**

Gemeinderätin Schögler stellt hier den Antrag, den Auftrag für die Bodenlegerarbeiten beim BV. Zubau Schulzentrum - Hügellandschule an den Bestbieter, die Fa. Profi Massivparkett mit einer Auftragssumme von netto € 17.674,- zu vergeben.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat mit 12 : 4 : 3 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Der Stimme enthalten haben sich GV Markus Konrad und die Gemeinderäte Bausch, Gries und Christian Konrad. Dagegen stimmten die Gemeinderäte Rieberer, Premm und DI Weinhandl.

Premm: Die GFV ist bei den Punkten für den Schulzubau Hügellandschule deswegen dagegen, da sie sich für eine Generalausschreibung ausgesprochen hat. Außerdem war der Zeitpunkt der Ausschreibung zu spät, diese hätte früher erfolgen sollen.

DI Weinhandl: Er möchte im Bauausschuss über die Möglichkeiten der verschiedenen Ausschreibungs- und Vergabeverfahren beraten.

Erneute Diskussion über den Zeitpunkt der Ausschreibung.

Premm: Ist die späte Ausschreibung vielleicht sogar Taktik?

Bürgermeister: Die Ausschreibung wurde nicht zu spät verschickt und es steht natürlich keine Taktik dahinter. Die Firmen bieten so an, wie sie die Möglichkeiten haben.

### **Punkt 10.) Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Malerarbeiten für die Fassadensanierung Kindergarten 1, Sportstraße 2**

Die Ausschreibung wird hier vom Bürgermeister anhand der Angebotsniederschrift kurz vorgestellt. Es gab insgesamt 6 Angebote.

Folgende Angebote wurden abgegeben: Firma Obenauf – € 20.046,35; Firma Fischer € 18.600,42; Braunegg Reinhard - € 12.150; Firma Stranzl aus Gleisdorf - € 20.667,--; Othmar Veit GmbH - € 16.558,87; Malerbetrieb Koch - € 19.062.

DI Weinhandl: Diese Unterlagen bzw. dieses Ergebnis wurden aber nicht zur Einsichtnahme vor der Sitzung vorbereitet. Wer wird zur Vergabe vorgeschlagen?

Amtsleiter: Die Fa. Braunegg war zwar bei der Angebotseröffnung die billigste, das Angebot ist allerdings auszuschneiden, da Einheits- und Positionspreise nicht ausgepreist wurden.

Somit wird die Fa. Othmar Veit mit einer Nettoauftragssumme von € 16.558,87 als Bestbieter für die Auftragserteilung vorgeschlagen.

DI Weinhandl: Die Fa. Veit hat aber auch die Baustellengemeinkosten bzw. die Einheitspreise dazu nicht angeboten. Deshalb wahrscheinlich auch der günstige Angebotspreis. In der Angebotsniederschrift ist dies so angeführt.

Bürgermeister: Diese Gemeinkosten sind im Angebotspreis enthalten, nur nicht detailliert angeführt.

DI Weinhandl: Die Preise sind nicht eingetragen, daher sind die Preise auch noch nicht enthalten und daher sollte Firma Othmar Veit nicht beauftragt werden. Firma Fischer sollte beauftragt werden.

Bürgermeister: Die Angebote wurden von Ing. Jöbstl geprüft und sein Vorschlag war die Firma Othmar Veit. Wir werden dem aber nochmals nachgehen. Sollte der Vorschlag fehlerhaft sein, wird die zweitbilligste Firma mit der Auftragsvergabe vorgeschlagen. Die Firma Jöbstl prüft die Angebote im Vorhinein und gibt ihre Empfehlungen ab und ihr Vorschlag war die Firma Othmar Veit.

DI Weinhandl: Die Angebotsniederschrift ist von euch zum Zeitpunkt der Angebotseröffnung unterschrieben worden. Hier sind nachträgliche Ergänzungen vorgenommen worden. In den Unterlagen die ich zur Einsichtnahme zur Verfügung hatte, waren die Ergänzungen in der letzten Spalte nicht vorhanden.

Amtsleiter: Ja, denn das ist die geprüfte Summe mit den Anmerkungen des Prüfers dazu. Diese wurde von Ing. Jöbstl geprüft. Bei Angebotseröffnung stehen immer nur die erste Summe und die Bemerkungen dabei.

GK Dr. Waldhuber: Die Mitarbeiterin vom Büro Jöbstl hat gesagt, dass sie erst mit ihrem Chef die Daten prüfen muss. Eine Baustellengemeinposition ist auszufüllen gewesen, die aber fehlte. Von daher ist das Angebot nicht richtig ausgefüllt.

Bürgermeister: Diese Position ist inkludiert, aber nicht separat herausgeschrieben. Das Angebot wird nun nochmals geprüft und wenn sich herausstellt, dass die Angebotslegung nicht rechtens ist, dann bekommt der Zweitgereichte den Auftrag.

Premm: Bei dem Angebot mit 12.000 Euro fehlt das Gleiche. Warum nehmen wir nicht diesen?

Amtsleiter: Nein, dieser hat zusätzlich keine Einheitspreise ausgefüllt, der andere nur die Baustellengemeinkosten nicht. Dieser mit € 12.000 hat die kompletten Einheitspreise nicht ausgefüllt.

Bürgermeister: Das Angebot wurde ausgeschieden, da die Einheitspreise fehlen. Dies wurde rechtlich so bestimmt. Ing. Jöbstl hat das geprüft.

### **Antrag und Beschluss:**

Der Bürgermeister und Gemeinderat Martin Konrad stellen den Antrag, die Fa. Othmar Veit mit einer Auftragssumme von € 16.558,87 excl. MwSt. mit der Fassadensanierung Kindergarten 1 zu beauftragen. Sollte sich nach einer erneuten Prüfung ergeben, dass dieses Angebot nicht in Ordnung ist, wird die zweitgünstigste Firma, die Firma Fischer, mit einer Nettoauftragssumme von € 18.600,42 beauftragt.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

DI Weinhandl: Wir sollten DI Jöbstl einladen und ihn fragen, wie er vorgeht und wonach er seine Empfehlungen richtet. In einer Bauausschusssitzung soll er erläutern, wonach er seinen Vergabevorschlag richtet.

Czerny: Die Firma Jöbstl weiß sehr wohl wie sie hier korrekt vorgehen soll.

### **Punkt 11.) Beratung und Beschlussfassung über die Einführung eines Schulstartgeldes für die Erstklässler in der Marktgemeinde Vasoldsberg**

Hier gibt es einen Antrag von der FPÖ Vasoldsberg. In der Volksschulausschlusssitzung vom 9. Juli 2016 wurde darüber sehr viel diskutiert und eine einstimmige Vorgangsweise für den Gemeinderat erarbeitet und diese wird empfohlen.

Folgender Vorschlag wurde erarbeitet und für die Beschlussfassung dem Gemeinderat empfohlen: Schulstartgeld für die Erstklässler in der Höhe von € 50,-. Diese sind einlösbar, nach Vorlegen einer Rechnung, beim SPAR Vasoldsberg, bei Christina Fessel, Vasoldsberg und unserem Postpartner, wo man Schulartikel kaufen kann. Nach Vorlage einer Rechnung können € 50,- Schulstartgeld gewährt werden. Die Einlösefrist für die Rechnungen ist 3 Monate nach Schulbeginn.

### **Antrag und Beschluss:**

Gemeinderat Czerny stellt, unterstützt von GV Markus Konrad den Antrag, ein Schulstartgeld für die Erstklässler aus der Gemeinde Vasoldsberg wie folgt zu gewähren:

*Schulstartgeld von € 50,- für den Einkauf von Schulartikeln (Schultasche und alles was sich darin befinden soll) für alle Eltern aus der Marktgemeinde Vasoldsberg, deren Kinder die 1. Klasse Volksschule besuchen. Dazu Vorlage einer Rechnung unserer Gewerbetreibenden SPAR Vasoldsberg, Christina Fessel und Post.Partner Vasoldsberg. Die Förderung muss spätestens 3 Monate nach Schulbeginn beantragt werden.*

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

### **Punkt 12.) Bericht des Prüfungsausschusses über die Prüfung des 2. Quartals 2016**

Hier wird seitens des Bürgermeister beantragt, die Formulierung des Tagesordnungspunktes abzuändern in: „..... über Prüfung des 1. Quartals 2016“.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister ersucht den Obmann des Prüfungsausschusses, Gemeinderat Soboth, um seinen Bericht.

Dieser bringt den Bericht wie folgt:

Betrifft: Prüfungsbericht 1.Quartal 2016

Anwesend: GR Bartoska, Rieberer, Czerny, Soboth, Walter, Bausch

Anlässlich der heute stattgefundenen Kassenprüfung über das 1. Quartal 2016 wurden folgende Feststellungen getroffen:

**Prüfungszeitraum:** von 1.1. bis 31.03.2016

- 1.) Hr. Soboth eröffnete die Sitzung um 18.00 Uhr und stellte die Beschlussfähigkeit fest.
- 2) Prüfung 1. Quartal 2016:  
Gebarungssummen und Geldbestände

Barkasse		31.03.2016		3.814,89
PSK	510-049110	31.03.2016	-	457.003,59
Musikschule	510-065310	31.03.2016		3.565,30
		Summe	-	449.623,40
Gesamt	Einnahmen			1.795.045,71
	Ausgaben		-	2.110.843,59
		Summe	-	315.797,88

Die Gebarungssummen per 31.03.2016 (Bel. Abgaben 1-1584, Haushalt 1-605, RE 1-486) wurden überprüft und deren Vollständigkeit und Richtigkeit bestätigt.  
Es besteht eine Rücklage per 31.03.2016 von 161.572,54 auf dem PSK-Konto 510-019482.

Belegprüfung:

Beleg Nr. 495 Impuls Druck (Gemeindezeitung), warum nicht die Fa. Pierer mit dem Druck beauftragt wurde? Gab es eine Ausschreibung?

*Antwort Bürgermeister: Es wurde die Fa. Pierer von der Gemeinde mit dem Druck der Gemeindezeitung beauftragt, allerdings hat die Druckerei die Arbeiten direkt an die Gemeinde verrechnet. Die Firma Pierer kann den Druck der Zeitung nicht zu dem Preis machen wie die Firma Impulsdruck. Die Ausschreibung wurde von der Gemeinde gemacht und im Vorstand beschlossen. Die Firma Pierer wurde beauftragt und diese hat den Auftrag für den Druck an eine Subfirma weitergegeben, da die Firma selbst anscheinend diese große Anzahl zu dem Preis nicht drucken konnte.*

Rechnungen Zahlbruckner z.B. RE 464: für zukünftige Rechnungen Leistungsnachweise zu erbringen und beizulegen! Siehe Protokoll von PA-Sitzung am 7.10.2015 (Prüfung 3.Quartal 2015)

*Antwort Bürgermeister: Dies betrifft eine Rechnung, die nicht von Dr. Zahlbruckner kommt, sondern von ihm im Zuge des Verfahrens betreffend Bewilligung nach dem Krankenanstaltengesetz bearbeitet und abgewickelt wurde.*

Beleg Nr. RE 463: Angebotseinholung, Beauftragung durch wen? Prüfung der Reparatur – Notbeleuchtung Feuerwehr?

*Antwort Bürgermeister: Dies betrifft die Beauftragung der Überprüfung der Notbeleuchtung bei den einzelnen Gemeindeobjekten, die natürlich von der Gemeinde beauftragt wurde. Das ist eine wiederkehrende, laufende Sache und Bedarf daher keines separaten Beschlusses.*

Der Prüfungsausschuss empfiehlt im nächsten Voranschlag den Fuhrpark in einzelne Kostenstellen zu unterteilen (z.B. Traktor – Fendt, Vario, Unimog,....)

*Antwort Bürgermeister: Dies wird, soweit umsetzbar und möglich, im nächsten Voranschlag berücksichtigt.*

Beleg Nr. RE462, TÜV Süd, Warum wurde kein regionales Unternehmen ausgewählt und wer hat die Firma beauftragt?



*Antwort Bürgermeister: Es wurde ein weiteres Angebot eingeholt. Die Arbeiten werden im Zuge der Vergabe des laufenden Betriebes an die Bestbieter vergeben. Ein Angebot aus der Umgebung wurde eingeholt. Der Bestbieter wurde schlussendlich beauftragt. Die Gemeinde hat die Firma im Rahmen des laufenden Betriebes beauftragt.*

Der Prüfungsausschuss empfiehlt den zuständigen Ausschüssen die Auszahlung sämtlicher Förderungen (auch Fahrtkostenzuschuss) mit Zeitfristen zu versehen (Abgabe, wie lange rückwirkend)

*Antwort Bürgermeister: Der Gemeinderat hat die einzelnen Richtlinien beschlossen und auch jede Änderung hierzu. Weitere Änderungen auch nur mittels Beschluss des Gemeinderates möglich.*

- 3) Prüfung der Abrechnung vom Hügellandfest 2015  
Wurde geprüft und für in Ordnung befunden!
- 4) Sichtung der Aufstellung der Hafrücklässe Zubau/Neubau Hügellandschule  
Sichtung durchgeführt, Endabrechnung vorzulegen.
- 5) Einnahmen/Ausgaben Aufstellung Mehrzweckhalle 2015 (Inkl. Rechnungen,...)  
Überprüfung der Zahlungseingänge in der nächsten PA-Sitzung (der vorgeschriebenen Beiträge)
- 6) Allfälliges  
Neue Termine für die nächsten PA-Sitzungen: Mittwoch 27.7.2016 um 18.00

### **Punkt 13.) Personelles**

*(nicht öffentlich und vertraulich gem. § 59, Stmk. GemO)*

Dieser Tagesordnungspunkt wurde am Beginn der Sitzung heruntergenommen.

### **Punkt 14.) Allfälliges**

DI Weinhandl: Gibt es im Juli eine Gemeinderatssitzung?

Bürgermeister: Wenn es sich ausgeht Mitte-Ende Juli. Sonst erst im September. Es hängt davon ab, wann die Unterlagen da sind. Die Urlaubszeit ist da und die Verfügbarkeit der einzelnen GemeinderäteInnen ist nicht mehr so gegeben. Ein möglicher Termin wird frühzeitig bekannt gegeben.

### **Punkt 15.) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Lieferung und Montage der WC-Trennwände für den Zubau zum Schulzentrum Vasoldsberg.**

Es gibt hierzu zwei Angebote:

Fa. Schwab: € 2.378,19 excl. MwSt.;  
Fa. P.M.H. Vertriebs GesmbH: € 2.080,50 excl. MwSt.

Die Angebote wurden von der Firma Jöbstl geprüft und für den Vergabebeschluss freigegeben.

### **Antrag und Beschluss:**

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die Lieferung und Montage der WC-Trennwände für das BV. Zubau Schulzentrum Vasoldsberg - Hügellandschule an den Bestbieter, die Fa. P.M.H. mit einer Auftragssumme von € 2.080,50 excl. MwSt. zu vergeben.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat mit 16 : 1 : 2 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Der Stimme enthalten hat sich Gemeinderat Christian Konrad, dagegen stimmten die Gemeinderäte Rieberer und Premm.

### **Punkt 16.) Beratung und Beschlussfassung über die Auflösung der Trägerschaft der Musikschule mit dem Verein Musik Graz und Kündigung des Mietvertrages für die Nutzung der Räumlichkeiten der Musikschule Vasoldsberg**

Der Bürgermeister erläutert den erforderlichen Beschluss. Der bestehende Mietvertrag mit dem Verein Musik Graz ist bekannt und wäre jetzt aufzuheben.

DI Weinhandl: Er hätte gerne mehr Informationen darüber.

Bürgermeister: Es gab eine eigene Fraktionsführersitzung mit diesem Thema. Die Gemeinderäte sollten daher informiert worden sein. Es ist angedacht, dass mit Beginn des neuen Schuljahres die Musikschule Vasoldsberg mit dem Verein WIKI als Trägerverein arbeitet und die Räumlichkeiten auch von WIKI genutzt werden dürfen. Daher muss der bestehende Vertrag mit dem Verein Musik Graz aufgekündigt werden.

GV Markus Konrad: Wir werden dagegen sein, weil wir auch den Vertrag mit dem Verein Musik Graz seinerzeit nicht mitbeschlossen haben.

Bürgermeister: Der neu zu beschließende Vertrag wurde in der Fraktionsführersitzung vorgelesen, genauso wie er heute zur Beschlussfassung steht. Dort steht, dass der Betrieb der Musikschule an Wiki übergeben wird.

GK Dr. Waldhuber: Es wurde seinerzeit vereinbart und auch vom Gemeinderat beschlossen, dass der Vertrag mit dem Verein Musik Graz 1 Jahr läuft. Danach war offen, wer es weiterführt. Die Gemeinde wollte federführend dabei sein. Und jetzt ist es soweit, dass der Betrieb der Musikschule an WIKI Vasoldsberg übertragen wird und die Gemeinde so maßgebend mitbestimmen kann.

**Antrag und Beschluss:**

Vizebgm. Ing. Pfeiffer stellt den Antrag, dass der bestehende Vertrag mit dem Verein Musik Graz über die Trägerschaft der Musikschule Vasoldsberg mit 31. August 2016 gekündigt wird.

Gleichzeitig wird auch beantragt, den Mietvertrag mit Musik Graz über die Anmietung der Räumlichkeiten der Musikschule Vasoldsberg im Haus Vasoldsberg 3 mit 31. August 2016 zu kündigen.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat mit 13 : 5 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Der Stimme enthalten haben sich GV Markus Konrad und die Gemeinderäte Rieberer, Preamm, Gries und Christian Konrad.

GR Bausch war bei der Abstimmung nicht im Saal.

**Punkt 17.) Beratung und Beschlussfassung über die Übernahme der Trägerschaft der Musikschule Vasoldsberg durch WIKI-Vasoldsberg und Annahme des Pachtvertrages mit WIKI-Vasoldsberg zur Führung der Musikschule Vasoldsberg**

Der Bürgermeister ersucht den Amtsleiter den vorbereiteten Pachtvertrag dem Gemeinderat vorzustellen.

Dieser wurde bereits in der Fraktionsführersitzung vorgelesen, besprochen und eingehend diskutiert.

Bürgermeister: Das wäre der Vertrag, mit dem wir unsere Musikschule mit WIKI Vasoldsberg mit dem neuen Schuljahr weiterführen möchten. Der Vertrag wurde geprüft, sodass er auch rechtlich funktioniert. Die Musikschule kann somit ohne Unterbrechung weitergeführt werden. Jetzt ist Voraussetzung, dass der Pachtvertrag beschlossen wird. Die nächsten Schritte bzgl. Personalisierung etc. folgen später.

GV Markus Konrad: Hat der Gemeinderat hierbei ein Mitspracherecht?

Bürgermeister: WIKI Vasoldsberg ist der neue Träger der Musikschule. Die Abwicklung der Anstellung erfolgt über den WIKI Vorstand, in dem alle Fraktionen des Gemeinderates vertreten sind. Wir wollten natürlich die bestehenden Lehrer soweit wie möglich übernehmen. Jeder derzeitige Lehrer bekommt einen neuen Dienstvertrag vorgelegt.

Vizebgm. Ing. Pfeiffer: Im WIKI-Vorstand ist jede Fraktion vertreten. Alle die dort drinnen sind, haben ein Mitspracherecht, wie beim Kindergarten. WIKI ist das beschließende Gremium.

GV Markus Konrad: Wir wollen aber mitbestimmen und auch ein Mitspracherecht haben. Speziell wenn es um die Leiterstelle in der Musikschule geht.

Bürgermeister: In den Statuten von WIKI steht, dass der Vorstand des Vereins WIKI Vasoldsberg dafür zuständig ist und letztlich auch die Entscheidung trifft, wer angestellt wird.

Vizebgm. Ing. Pfeiffer: Es wurde seinerzeit im Gemeinderat beschlossen, dass es eine Gemeindemusikschule werden soll. Im Vorstand von WIKI sind Gemeinderäte aller Fraktionen vertreten, deshalb gibt es die Möglichkeit mitzubestimmen – im Gegensatz zur ehemaligen Führung bei ProMusica. Auch wird im Gemeinderat darüber berichtet, aber beschlossen wird im WIKI Vorstand. Wir sind ja WIKI Vasoldsberg. Auch der Kulturausschuss war sich hier einig.

Soboth: Die Gemeinde sollte Empfehlungen an den WIKI Vorstand geben dürfen. Alle Gemeinderäte sollten drinnen sitzen und über solche Belange diskutieren.

Vizebgm. Ing. Pfeiffer: Warum ist interne Kommunikation in den Fraktionen so schlecht, wenn jede Fraktion in den WIKI Gremien vertreten ist? Alle Gemeinderäte sollten von ihren Fraktionsführern informiert worden sein, welche Punkte zusätzlich auf die Tagesordnung genommen werden.

Bürgermeister: Wenn wir sagen WIKI soll das nicht mehr leiten, muss die Gemeinde beschließen, wer es dann macht. Es wurde im Ausschuss besprochen, dass WIKI die Trägerschaft übernimmt. Die Gemeinderäte, die im WIKI Vorstand sind, haben auch ein Stimmrecht. Wir versuchen die gesamte Mannschaft der Musiklehrer zu übernehmen.

### **Antrag und Beschluss:**

Gemeinderat Czerny stellt, unterstützt von Vizebgm. Ing. Pfeiffer den Antrag, die Trägerschaft für die Musikschule Vasoldsberg ab 1.9. 2016 an den Verein WIKI Vasoldsberg zu übertragen und dazu folgenden Pachtvertrag anzunehmen:

### **Pachtvertrag**

*abgeschlossen zwischen der **Marktgemeinde Vasoldsberg**, 8076 Vasoldsberg, Hauptplatz 1, als Verpächterin einerseits und dem **Verein WIKI Vasoldsberg**, 8076 Vasoldsberg, Hauptplatz 1, als Pächter andererseits am heutigen Tag wie folgt:*

*I.*

*Die Marktgemeinde Vasoldsberg ist Miteigentümerin des Objektes 8076 Vasoldsberg, Hauptplatz 3, und hat darin die Voraussetzungen für den Betrieb einer Musikschule geschaffen.*

*II.*

*Die Marktgemeinde Vasoldsberg – im Folgenden kurz Verpächterin genannt – verpachtet und übergibt und der Verein WIKI Vasoldsberg – im Folgenden Pächter genannt – pachtet und übernimmt nunmehr das Miteigentum des Objektes zur Betreuung einer Musikschule.*

*Die Verpachtung gilt*

- für die dem angeschlossenen Plan (Beilage 1) rot angelegten Räumlichkeiten und Flächen mit der Adresse 8076 Vasoldsberg, Hauptplatz 3,*

- für die in diesen Räumlichkeiten und Flächen vorhandenen (und für den Betrieb der Musikschule erforderlichen) Einrichtungsgegenstände und Fahrnisse lt. der beiliegenden Inventarliste (Beilage 2),
- für die gesamten Verwaltungs- und Betriebswirtschaftsunterlagen einschließlich Schülerlisten und den für die Verwaltung erforderlichen EDV-Anlagen.

III.

Das Pachtverhältnis beginnt am 1. September 2016 und wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die Übergabe des Pachtgegenstandes erfolgt mit Beginn des Pachtverhältnisses (somit am 1. September 2016).

Das Pachtverhältnis kann – unbeschadet der Sonderbedingungen für eine vorzeitige Pachtbeendigung – beiderseits unter Einhaltung einer 3-monatigen Kündigungsfrist zum 31. August eines jeden Jahres mittels eingeschriebenen Briefes aufgekündigt werden.

IV.

Die Verpächterin ist berechtigt, das Pachtverhältnis ohne Einhaltung eines bestimmten Termins sofort aufzulösen, wenn

- die Berechtigung der Verpächterin als Schulerhalter der Musikschule aus welchem Grund auch immer endet,
- über das Vermögen des Pächters ein Insolvenzverfahren eingeleitet wird,
- der Pächter mit der Bezahlung von mehr als zwei aufeinander folgenden Pachtzinszahlungen trotz erfolgter Mahnung und Setzung einer Nachfrist von 14 Tagen weiterhin in Verzug bleibt,
- der Pächter beharrlich Vertragspflichten verletzt, dies trotz schriftlicher Abmahnung.

Darüber haben die Bestimmungen des § 1118 ABGB Geltung.

V.

Als monatlicher Pachtzins wird ein Betrag von monatlich € 1.250,- (in Worten: eintausendzweihundertfünfzig) zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer vereinbart. Dieser Pachtzins ist am 1. eines jeden Monats im Vorhinein bei 10-tägigem Respiro an die Verpächterin zur Zahlung fällig.

Dieser Pachtzins ist auf Basis des Verbraucherpreisindex 2016 wertgesichert, wobei als Ausgangsbasis die Indexzahl für September 2016 als vereinbart gilt.

Schwankungen bis einschließlich 5% nach oben oder unten bleiben unberücksichtigt, darüber hinausgehende Veränderungen werden zur Gänze zur Verrechnung gebracht. Sollte der Verbraucherpreisindex 2016 nicht mehr verlautbart werden, gilt jener Index als Grundlage für die Wertsicherung, der diesem am nächsten kommt.

Die Verpächterin verpflichtet sich, alle Erklärungen abzugeben und Informationen und Unterlagen auszufolgen, um dem Pächter den ordnungsgemäßen Betrieb der Musikschule Vasoldsberg zu ermöglichen.

VI.

*Der Pächter hat das ihm verpachtete Unternehmen mit der Sorgfalt eines ordentlichen Schulerhalters in der Weise zu führen, dass die wesentlichen Unternehmensmerkmale, die Unterrichtsangebote und -strukturen im Rahmen der bestehenden Bewilligungsumfänge und die gesetzlichen Verpflichtungen erhalten bleiben.*

*Der Pächter verpflichtet sich somit, den Pachtgegenstand so zu führen und alles vorzukehren bzw. zu unterlassen, dass das Recht zur Führung der Musikschule Vasoldsberg nicht erlischt.*

*Jede Änderung der Organisation und Führung der Musikschule Vasoldsberg und/oder der Änderung des Organisationsstatutes bzw. des Öffentlichkeitsrechtes obliegt ausschließlich der Verpächterin.*

VII.

*Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, auch für das Abgehen von diesem Erfordernis ist die Schriftlichkeit erforderlich.*

*Die mit der Errichtung und Durchführung dieses Vertrages verbundenen Abgaben, Gebühren und Kosten gehen zu Lasten des Pächters.*

Der Antrag wurde mit 12 : 7 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Der Stimme enthalten haben sich GV Markus Konrad und die Gemeinderäte Bausch, Gries, Christian Konrad, Rieberer, Premm und DI Weinhandl.

DI Weinhandl: Es wäre fair gewesen, wenn der Tagesordnungspunkt auf der ursprünglichen Einladung gewesen wäre, sodass man schon im Vorhinein darüber nachdenken und sich vorbereiten kann.

Bürgermeister: Der Vertrag war zum Zeitpunkt der Ausschreibung noch nicht fertig. Es wurde aber bereits in der Kulturausschusssitzung darüber gesprochen. Die Ferien stehen vor Tür und deshalb ist das jetzt notwendig.

Czerny: Er wollte an die Situation vor einem Jahr erinnern, was hier innerhalb dieses Jahres herausgestampft wurde. Und jetzt haben wir, wie vereinbart, eine Gemeindemusikschule.

Bürgermeister: Einer Gemeinde muss es jederzeit möglich sein, die Trägerschaft zu ändern. Wir haben ausgezeichnete Lehrer und so viele Schüler wie noch nie. Jede einzelne Leistung die von der Musikschule beauftragt wird, bekommt der Lehrer bezahlt. Es geht gerade sehr gut voran. Im Vorjahr haben wir beschlossen, eine Gemeindemusikschule daraus zu machen und das wird nun umgesetzt.

DI Weinhandl: Wenn alles gut läuft, warum wechseln wir dann jetzt wieder den Träger?

Bürgermeister: Weil wir damals beschlossen haben, eine Gemeindemusikschule daraus zu machen.

DI Weinhandl: Es ist aber keine Gemeindemusikschule, denn in einer Gemeindemusikschule sind auch die Lehrer von der Gemeinde angestellt.

Bürgermeister: Das ist finanziell auf keinen Fall möglich. Das ist unleistbar. Das wurde im Vorfeld ausführlich überlegt. Dann könnte man gleich der Landesmusikschule Fernitz beitreten und € 250.000,- dafür hergeben.

**Punkt 18.) Beratung und Beschlussfassung über teilweise Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 8. Juli 2014 betreffend Sperre der Generationenstraße für die Umsetzung der Bauarbeiten zur Einbindung der Generationenstraße**

Die Baumaßnahmen an der L 369 sind voll im Gange. Wir sind gut in der Zeit. Im Antrag geht es um die Sicherstellung, falls es notwendig sein sollte in den Ferien, dass durch die Baumaßnahmen eine Zufahrt zur SeneCura und zum Wohnhaus nicht möglich ist, diese trotzdem zu gewährleisten. Die Einfahrt könnte für ein paar Stunden bzw. einen Tag gesperrt sein, je nach Erfordernis. Es wäre eine Zufahrt über die Generationenstraße zum Wohnhaus und zur SeneCura möglich, wenn durch die Baustelle eine kurzzeitige Sperre nötig ist, damit z.B. Rettung etc. zufahren kann.

Dieser Beschluss gilt rein während der Bauzeit zeitweise und auch nur wenn es aufgrund der Bauarbeiten notwendig ist, eine Zufahrt zu ermöglichen (Feuerwehr, Rettung etc.). Die Absperrungen werden zu diesem Zweck entfernt werden. Wenn die Zufahrt über die Landesstraße wieder offen ist, gibt es natürlich keine Zufahrt mehr über die Generationenstraße.

Es geht rein um die Zufahrt zum Wohnhaus für Einsatzkräfte, nicht auf Dauer oder für Schwerfahrzeuge. Rechtlich ist es so nötig, ohne dass wir Gefahr haben, in eine Problemsituation zu kommen. In den Nachtstunden ist es sowieso nicht angedacht. Es wird nur geöffnet, wenn man von der Landesstraße aus nicht reinfahren kann. Die Baustelle müsste bis Ende der Ferienzeit fertig sein. Nur innerhalb der Zeit der Baustelle und auch nur dann, wenn es notwendig ist.

**Antrag und Beschluss:**

Gemeinderat Bartoska stellt den Antrag auf eine teilweise Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 8. Juli 2014 betreffend Sperre der Generationenstraße wie folgt:

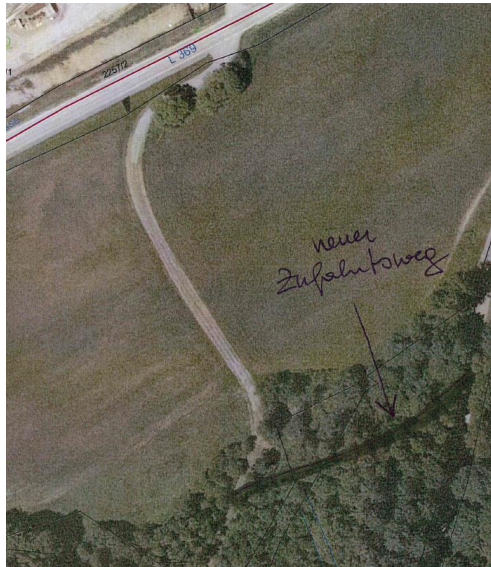
Wenn es die Bauarbeiten für die Einbindung Generationenstraße auf der Landesstraße nicht zulassen, dass von der Landesstraße zum Wohnhaus Vasoldsberg 76a oder zum SeneCura Sozialzentrum zugefahren werden kann, soll die Sperre der Generationenstraße für eine Zufahrt zu den beiden oben genannten Objekten im erforderlichen Ausmaß aufgehoben werden.

Diese Aufhebung gilt nur für die Baustelle Einbindung Generationenstraße im unbedingt erforderlichen Ausmaß und nur für die Bauzeit.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

**Punkt 19.) Beratung und Beschlussfassung über die Zustimmung zur Verlegung einer bestehenden landwirtschaftlichen Zufahrt für die Grundstücke 450, 402, 403/2 je Breitenhilm über die Hofmühlstraße, Grst-Nr. 945/1 KG Breitenhilm.**

Der Bürgermeister erläutert anhand einer Luftaufnahme die Situation: Es geht um die bestehende Zufahrt auf o. a. Grundstücke im Bereich der Abbiegespur Generationenstraße – diese muss verlegt werden. Dazu soll heute eine andere Einfahrt zu den landwirtschaftlichen Gründen und Wäldern des Gutes Vasoldsberg genehmigt werden. Diese wird kurz vorgestellt:



DI Weinhandl: Die alte Zufahrt kommt auf Dauer weg?

Bürgermeister: Ja, die Zufahrt wird auf Dauer verlegt. Das nördlich der neuen Zufahrt gelegene Grundstück bis zur Landesstraße könnte laut Bebauungsplan auch einmal verbaut werden, ob die Zufahrt dann noch erforderlich ist, bleibt offen.

**Antrag und Beschluss:**

Der Bürgermeister stellt den Antrag, dass die Marktgemeinde Vasoldsberg einer Verlegung einer bestehenden Zufahrt auf die Grundstücke Nr. 450, 402, und 403/2, jeweils KG Breitenhilm (lt. Skizze oben), für nur landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Zwecke zustimmt.

Die bestehende Zufahrt muss aufgrund von Baumaßnahmen im Bereich der Einbindung Generationenstraße verlegt werden. Dies macht die Neuanlage einer Zufahrt erforderlich.

Die neue Zufahrt für o. a. Grundstücke soll über die Hofmühlstraße (Grst. Nr. 945/1, KG. Breitenhilm) erfolgen, die genaue Lage dieser Zufahrt wird einvernehmlich mit dem Grundstücksbesitzer festgelegt.

Die neue Zufahrt auf o. a. Grundstücke gilt nur für land- und forstwirtschaftliche Zwecke.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.



**Punkt 20.) Dringlichkeitsantrag der FPÖ Vasoldsberg zur Installierung einer Gemeinde-App**

Der Bürgermeister erläutert wie folgt:

Es geht um die Installierung einer Gemeinde-App. Überlegungen bereits im vorigen Jahr im Vorstand angestellt worden.

GV Markus Konrad: Wann ist dies im Vorjahr beschlossen worden?

Bürgermeister: Es gab keinen Beschluss, nur einen Bericht. Dabei wurde berichtet, dass ein Bürger SMS notwendig ist. Diesbezüglich wurden Angebote eingeholt. Im Februar war das erste Angebot diesbezüglich da, es gibt keine großen Kosten. Nachrichten für normale Handys – SMS oder App. Es ist eine Vorstandssache, die Kosten sind sehr gering. Am 25. Februar 2016 ist dazu das erste Angebot eingegangen. Diese Anwendung ist sehr wichtig.

GV Markus Konrad: Warum wird nicht im Ausschuss darüber gesprochen?

Bürgermeister: Das Thema ist voll im Laufen. Zwei Angebote sind bereits eingelangt, auch von Saubermacher. Dies wäre nur günstiger, wenn man auch die Müllentsorgung über Saubermacher hat.

DI Weinhandl: Inwiefern spricht deine Recherche gegen den Antrag der FPÖ, dass dies im Ausschuss beschlossen wird? Warum wird das im Sozialausschuss nicht besprochen.

Bürgermeister: Es würde sich nur in die Länge ziehen, darum sollte es im Vorstand belassen werden.

Vizebgm. Ing. Pfeiffer: Er möchte die Angelegenheit auch im Vorstand belassen, dort wo damit begonnen wurde.

Bürgermeister: Es gab auch die Überlegung dies mit einer neuen Homepage zu verknüpfen – allerdings ist das eine schwierige Angelegenheit und unübersichtlich. In der nächsten Vorstandssitzung kann das schon beschlossen, und dann relativ rasch umgesetzt werden.

Soboth: Und bei dieser APP-Funktion sind auch Müll und dgl. vorgesehen?

Bürgermeister: Das hängt dann auch mit den Kosten zusammen und dann wird gemeinsam beschlossen, was wir an die Bürger verschicken möchten.

Bausch: Hierüber soll eigentlich der Ausschuss beraten, und nicht der Vorstand.

Bürgermeister: Ich arbeite schon seit einem Jahr daran. Es wurde bisher nur im Vorstand diskutiert. Wir sind im Vorstand schon sehr weit damit und ich meine, dass es nicht erst im Ausschuss beschlossen werden muss. Das würde zu lange dauern, der Ausschuss wäre erst im Herbst.

**Antrag und Beschluss:**

GV Markus Konrad und die Gemeinderäte der FPÖ Vasoldsberg stellen den Antrag wie folgt:

*Der Sozialausschuss wird beauftragt ein Konzept zu Installierung einer Gemeinde-App zu erarbeiten, dem Gemeinderat vorzustellen und zur Beschlussfassung vorzulegen, wobei die Kosten eines allfälligen nachfolgenden positiven Beschlusses für die Budgetplanung 2017 berücksichtigt werden sollen.*

Der Antrag wurde mit 8 : 11 Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Dagegen stimmten der Bürgermeister, Vizebgm. Ing. Pfeiffer, GK Dr. Waldhuber und die Gemeinderäte Czerny, Walter, Schögler, Voit, Bartoska, Url, Martin Konrad und DI. Dr. Puchinger.

Bürgermeister: Mit der Begründung, dass wir im Vorstand schon sehr weit sind, sollten wir mit der Umsetzung nicht mehr länger warten.

Vizebgm. Ing. Pfeiffer: Wichtig ist sich daran anzulehnen, was andere Gemeinden bereits haben, und da ist nicht viel vorhanden.

DI Weinhandl: Für mich entsteht der Eindruck, dass ihr mit eurer Ablehnung den Antrag der FPÖ schmälern wollt.

Bürgermeister: Nein, es ist hier klar der Vorstand zuständig, da auch die Kosten sehr gering sind. Es gibt nicht viele, die das relativ hochwertig anbieten. Darum recherchiere ich schon seit einem Jahr. Wir waren ständig dran und sollten nicht noch ein paar Monate warten.

### **Punkt 21.) Dringlichkeitsantrag der SPÖ Vasoldsberg - Ankauf von drei First Respondern**

GR Soboth stellt seinen Antrag kurz vor: Die letzte Veranstaltung der GFV in der Mehrzweckhalle hat gezeigt, wie wichtig First Responder sind. Damit konnten bereits nach 15 Minuten lebensrettende Maßnahmen gesetzt werden, noch bevor Rettung und Arzt eingetroffen sind.

Es soll jetzt die Anschaffung von drei First Respondern beschlossen werden, aus diesen Gründen möge der Sozialausschuss die weitere Vorgehensweise wie Ankauf, Umsetzung der Wartung etc. besprechen und dem Gemeinderat das Ergebnis zur Beschlussfassung vorlegen.

Bürgermeister: Ich finde die Idee grundsätzlich gut, möchte aber nicht sagen wie viele angeschafft werden sollen, der Sozialausschuss sollte sich mit diesem Thema befassen. Der Ausschuss möge erarbeiten wie viele benötigt werden und was sinnvoll ist. Der Sozialausschuss möge sich mit der Anschaffung von First Responder beschäftigen und dann den Gemeinderat darüber informieren.

Wir haben ein riesengroßes Gemeindegebiet und es ist wichtig, dass erarbeitet wird, was der First Responder kann. Der Ausschuss kann dies gut erarbeiten. Wenn der Ausschuss dem zusagt, sollte der Vorstand gleich berichtigt werden und über die Kosten beratschlagt werden.

Vizebgm. Ing. Pfeiffer: Er schlägt vor die Grundlagen im Ausschuss zu erarbeiten und die Beschlussfassung im Gemeindevorstand. Dann geht es schneller, und dem Gemeinderat berichten.

Änderungsvorschlag Bürgermeister: Nicht sofort drei ankaufen, sondern der Ausschuss sollte darüber diskutieren und beratschlagen. Was dort Tenor ist, soll dem Gemeinderat berichtet werden.

DI Weinhandl: Tipp an Soboth: Auch Zeitschiene hinein nehmen.

Anregung des Amtsleiters zu Dringlichkeitsanträgen allgemein: Es gibt einen Antrag der gestellt wird und es gibt einen Beschlussvorschlag dazu. Die Anträge werden immer so eingebracht, dass Beschluss gleich Antrag ist. Es sollte eine eigene Formulierung für den eingebrachten Tagesordnungspunkt geben.

DI Weinhandl: Eine First Responder Ausrüstung ist für ihn gleich wichtig wie die Gemeinde-App, also sehr dringend und man sollte nicht zu lange warten.

Bürgermeister: Wir werden das im Ausschuss erarbeiten und das funktioniert auch gut. Und ich empfehle, dass wir so vorgehen. Eine Zeitschiene ist nicht angebracht, da alles gut erarbeitet werden soll.

DI Weinhandl: Es soll aber ein gewisses Zeitlimit gesetzt werden.

GV Markus Konrad: Spätestens bis zur Sitzung am 14. Dezember 2016 soll der Bericht des Ausschusses an den Gemeinderat erfolgen.

Bürgermeister: Dies werde ich dem Ausschuss so weitertragen, da es sich um ein sehr breites Thema handelt. Dieser soll sich auch mit Förderungsanträgen befassen.

Die Beschlussfassung wird verallgemeinert und unter Zustimmung von GR Soboth dahingehend abgeändert, dass sich der Sozialausschuss bis Mitte Dezember 2016 mit dem Ankauf von First Respondern befassen soll.

### **Antrag und Beschluss:**

*GR Soboth stellt den Antrag, dass sich der Sozialausschuss mit dem Ankauf der unbedingt erforderlichen First Responder beschäftigen soll. Spätestens in der Gemeinderatssitzung am 14. 12.2016 soll es einen Bericht des Ausschusses im Gemeinderat dazu geben.*

Der Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Martin Konrad: Es wurden in seiner Firma auch solche First Responder angeschafft. Wenn man diese zeitlich der Öffentlichkeit auch zugänglich macht, gibt es auch Förderungen dafür.

**Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gegeben hat, bedankt sich der Bürgermeister für die Anwesenheit und Mitarbeit und schließt die Sitzung.**

Ende der Sitzung: 22.25 Uhr

Der Bürgermeister:

Die Schriftführer: